Die Menschenrechte der Palästinenser unter israelischer Besatzung und palästinensischer Autonomie

Die Frage der Menschenrechte spielt in den Abkommen nur eine marginale Rolle. In Artikel 19 des »Interimsabkommens« heißt es, daß beide Parteien ihre Macht und Verantwortlichkeiten im Rahmen der international anerkannten Normen und Prinzipien des Rechts und der Menschenrechte ausüben werden. Diesem Vorsatz wird keine Seite gerecht.

Die Menschenrechtsverletzungen an Palästinensern durch die israelische Besatzungsmacht sind trotz Friedensprozeß nicht zurückgegangen – die Arbeitspartei oder der Likud-Block machen hier keinen Unterschied. Die Liste der Vergehen ist lang: Folter, willkürliche Tötungen und Verhaftungen, Häuserzerstörungen, Beschränkung der Reisefreiheit, Gewalt gegenüber Palästinensern, Landenteignungen und Siedlungsbau, die »stille Deportation« der Palästinenser aus Ost-Jerusalem, Kollektivstrafen wie Totalabriegelung der Gebiete und Ausgangssperren, Einschränkung des Rechts auf Bildung und der Arbeit.

Die palästinensische Autonomiebehörde verletzt die Menschenrechte der eigenen Bevölkerung in erheblichem Umfang durch: Folter und Mißhandlungen, Verweigerung eines fairen Prozesses vor Militärgerichten und dem Staatssicherheitsgericht, das auch Todesurteile verhängt; unliebsame Personen werden eingeschüchtert, die Rede- und Pressefreiheit eingeschränkt und die Arbeit der Menschenrechtsorganisationen behindert. Diese Vergehen können nur adäquat beurteilt werden, wenn man berücksichtigt, daß Arafat sich im Oslo-Abkommen verpflichtet hat, die Sicherheit der Israelis im Autonomiegebiet zu garantieren. Wie er gegen die Kritiker des Friedensprozesses und den Terror vorgeht, bleibt ihm anheimgestellt. Diese Zwänge können die gravierenden Verletzungen der Menschenrechte der eigenen Bevölkerung durch Arafats Geheimdienste nicht entschuldigen. Menschenrechtsorganisationen in Israel und Palästina hatten schon frühzeitig darauf hingewiesen, daß sich mit der Einsetzung einer palästinensischen Behörde die Lage für die Palästinenser in den Autonomiegebieten noch verschlechtern würde.

In der israelischen Öffentlichkeit wird seit Beginn des Friedensprozesses eine absurde Diskussion geführt, die man in vier Punkten zusammenfassen kann: In Israel und in den Autonomiegebieten brauche man sich um die Menschenrechte nicht mehr zu sorgen, da es ja einen Friedensprozeß gebe; Menschenrechtsverletzungen sollten nicht öffentlich diskutiert werden; die Menschenrechte würden jetzt mit politischen Fragen verbunden; die Menschenrechte müßten zurücktreten, damit der Friedensprozeß gelingen könne, d. h., über die fortdauernden Landenteignungen, Tötungen oder Folterungen solle geschwiegen werden. Die politische Klasse versucht, durch Hinweise auf die Menschenrechtsverletzungen der Autonomiebehörde von Verstößen der eigenen Regierung abzulenken.

1. Völkerrecht und Besetzung

Der israelisch-palästinensische Regionalkonflikt trägt noch immer das Potential für einen größeren Konflikt in sich. Das Selbstbestimmungsrecht wird der arabisch-palästinensischen Bevölkerung von Jordanien und von Israel seit 1967 verweigert. Dieses Recht hat sich in der Geschichte als Recht gegen Fremdbestimmung und Kolonialismus entwickelt. Die Charta der Vereinten Nationen und die Menschenrechtspakte von 1966 gehen vom Grundsatz der Gleichberechtigung und der Selbstbestimmung der Völker aus. Alle UN-Vertragsstaaten sind verpflichtet, das Recht auf Selbstbestimmung zu achten und zu fördern. Es steht jedoch in einem gewissen Spannungsverhältnis zur territorialen Unversehrtheit und politischen Unabhängigkeit der einzelnen Mitgliedsstaaten. Auf der einen Seite tritt der Inhaber dieses Rechts nicht als Staat auf, sondern als ein Volk, in diesem Fall die Palästinenser, auf der anderen Seite reduziert sich die Inanspruchnahme des Selbstbestimmungsrechts gegenüber einem anderen Staat auf dessen Hoheitsgebiet. Israel hat als Besatzungsmacht nach geltendem Völkerrecht keinen legalen Hoheitsanspruch und auch keine legitime Souveränität über die Westbank und den Gaza-Streifen.

Die Behandlung der Palästinenser in den besetzten und autonombesetzten Gebieten wirft immer wieder die Frage nach den völkerrechtlichen Grundlagen der Besetzung auf. Das Völkerrecht gibt den Staaten ein Instrumentarium zur friedlichen Regelung ihrer Beziehungen an die Hand. Hauptquelle des humanitären Völkerrechts sind internationale Verträge sowie internationales Gewohnheitsrecht. Es

mag paradox klingen, aber das gesamte internationale Kriegsrecht ist humanitäres Völkerrecht. In der Haager Landkriegsordnung (HLKO) vom 18. Oktober 1907 wurden wichtige Punkte des Rechtes des Kriegsgefangenen und der Zivilbevölkerung sowie die Gesetze und Gebräuche des Landkrieges erstmals niedergelegt. Die vier Genfer Abkommen vom 12. August 1949 regeln unter anderem die Behandlung der Zivilbevölkerung und der Kriegsgefangenen. Diese »Genfer Konvention« und die HLKO bilden die völkerrechtliche Grundlage für die Behandlung der von Israel besetzten Gebiete.

Die internationalen Menschenrechte dienen dem Schutz des Individuums. Das System des Menschenrechtsschutzes der eigenen Bevölkerung in Friedenszeiten beruht auf dem Willen der Staaten, da nur sie Völkerrechtssubjekte, sprich Träger von Rechten und Pflichten, sind. Im Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte vom 19. Dezember 1966 ist festgelegt, daß der einzelne auf völkerrechtlicher Ebene nur durch seinen Heimatstaat geschützt werden kann, weil er nicht als Völkerrechtssubjekt anerkannt ist. Eine »kriegerische Besetzung« – und darum handelt es sich – ist nur erlaubt im Falle der Verteidigung; sie ist demzufolge zeitlich begrenzt. Ein Besatzer erlangt über das betreffende Gebiet weder Souveränität, noch ist er zur Kontrolle über Ressourcen befugt oder kann gar originäre Gesetzesbefugnisse wahrnehmen. Die einheimische Bevölkerung behält ihr Selbstbestimmungsrecht. Die Annexion von Gebieten ist völkerrechtlich verboten und null und nichtig, wenn sie dennoch erfolgt. Der Besatzer ist verpflichtet, die öffentliche Ordnung, soweit es ihm möglich ist, wiederherzustellen; er hat das Recht, seine Armee zu schützen. Die Wiederherstellung der öffentlichen Ordnung schließt auch die Garantie eines normalen Lebens der Zivilbevölkerung mit ein.

Nach englischem Rechtsverständnis – und diese Tradition hat Israel übernommen – wird Völkergewohnheitsrecht immer dann innerstaatlich angewandt, wenn das Parlament nichts Gegenteiliges beschließt; internationales Völkervertragsrecht ist erst nach einer ausdrücklichen Übernahme in innerstaatliches Recht bindend. In Israel gilt demzufolge nur die HLKO. Die »humanitären Bestimmungen« der Genfer Konvention sind zwar anwendbar, aber nicht justiziabel vor israelischen Gerichten. Dies hat weitreichende Konsequenzen. Das Gericht vertrat die Ansicht, daß die Taten des Militärs nach Völkergewohnheits- und nicht nach Völkervertragsrecht zu beurteilen seien. Es hat zwar Völkergewohnheitsrecht als bindend

für die besetzten Gebiete anerkannt, schränkte aber ein, dieses Recht dürfe nicht im Widerspruch zu innerstaatlichem Recht stehen. Daß israelisches Recht in den besetzten Gebieten überhaupt keine Anwendung finden kann, wurde ignoriert.

Obwohl Israel 1951 die Genfer Konvention ohne Vorbehalte unterzeichnet hat, bestreitet die Regierung die Anwendbarkeit auf die besetzten Gebiete. Sie begründete ihre Haltung mit Artikel 2 der Konvention. Danach sind die Regeln anzuwenden »in allen Fällen eines erklärten Krieges oder jedes anderen bewaffneten Konflikts, der zwischen zwei oder mehreren der Hohen Vertragsparteien entsteht, auch wenn der Kriegszustand von einer dieser Parteien nicht anerkannt wird … Ist eine der am Konflikt beteiligten Mächte nicht Vertragspartei des vorliegenden Abkommens, so bleiben die Vertragsparteien in ihren gegenseitigen Beziehungen gleichwohl durch das Abkommen auch gegenüber dieser Macht gebunden, wenn diese dessen Bestimmungen annimmt und anwendet.« Kein Staat kann sich den Verpflichtungen entziehen, die aus der Konvention resultieren, ob eine Kriegserklärung erfolgt ist oder eine Partei den Kriegszustand leugnet, ist unerheblich.

Zudem stuft die israelische Regierung weder Jordanien noch Ägypten als »Hohe Vertragsparteien« ein: sie hätten keine rechtmäßige Souveränität, da Jordanien 1950 die Westbank illegal annektiert und Ägypten den Gaza-Streifen nur verwaltet habe, deshalb könne nicht von Besetzung, sondern nur von »verwalteten Gebieten« gesprochen werden. Einen solchen Terminus kennt das Völkerrecht nicht. Das Internationale Komitee vom Roten Kreuz (IKRK), die überwiegende Zahl der Rechtsgelehrten Israels, die Vereinten Nationen und alle Völkerrechtler von Rang haben diese Position zurückgewiesen. Die Frage der rechtmäßigen Souveränität habe für die Genfer Konvention keine Relevanz. Die Konvention sei vielmehr auf alle Gebiete anwendbar, die im Zuge eines bewaffneten Konfliktes besetzt würden, unabhängig vom Status.

2. Israelische Menschenrechtsverletzungen gegenüber Palästinensern

Eine Besatzungsmacht hat die Pflicht, für die Sicherheit der Zivilbevölkerung zu sorgen, ihr ist erlaubt, Militärgerichte einzurichten und Militärverordnungen zu erlassen. Insbesondere anhand dieser Militärverordnungen regiert Israel die besetzten Gebiete. Sie gelten auch in den sogenannten Autonomiegebieten weiterhin. Der ehemalige Direktor der israelischen Menschenrechtsorganisation B'Tselem, Yizhar Be'er, erklärte auf einem Menschenrechtsworkshop, der am 17. und 18. September 1994 in Jerusalem stattfand: »Alle Welt spricht von Veränderung, nur die israelischen und palästinensischen Menschenrechtsorganisationen sehen keinen fundamentalen Wandel.«[1] Im Resümee eines weiteren Workshops, den die israelische Menschenrechtsorganisation HaMoked nach Unterzeichnung des »Interimsabkommens« am 7. November 1995 in Jerusalem veranstaltete, wird bestätigt, daß sich an der absoluten Kontrolle Israels im politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Bereich sowie an der Menschenrechtssituation nichts geändert habe.[2]

Die Westmächte nehmen bis heute nicht zur Kenntnis, daß die Menschenrechte der Palästinenser auch nach dem Friedensprozeß systematisch verletzt werden.[3] Seit 1994 wird im jährlichen Bericht des amerikanischen Außenministeriums behauptet, der Friedensprozeß habe die Lage der Menschenrechte positiv beeinflußt, im letzten wird zudem die israelische »Souveränität« über die besetzten Gebiete nicht mehr in Frage gestellt. Einige gravierende Verstöße der palästinensischen wie auch der israelischen Behörden verschweigt man bzw. man dokumentiert sie unvollständig.

Noch bevor Arafat in Gaza eintraf, riegelte die israelische Armee die Gebiete total ab und verhängte eine Ausgangssperre. Diese Maßnahmen hatten sich auch in der Vergangenheit als unwirksam erwiesen und beeinträchtigten das tägliche Leben der Palästinenser auf das schwerste. Bei massivem Einsatz von Militär in dichtbesiedelten Wohngegenden kam es zwangsläufig zu zahlreichen Toten. Das Leben der Soldaten war nur selten durch Angriffe bedroht gewesen, und stets wurden die Opfer im Oberkörper getroffen.[4]

Im Flüchtlingslager Jabalya im Gaza-Streifen erschossen Mitglieder einer »Verdeckten Einheit« (undercover units) – einige nennen sie auch »Todesschwadrone«, am 28. März 1994 sechs maskierte Palästinenser, die Flugblätter verteilten. Nach Augenzeugenberichten schossen diese als Araber verkleideten israelischen Soldaten nicht in Notwehr, sondern in der Absicht zu töten. Ein leicht verletzter Palästinenser, der fliehen wollte, wurde festgenommen und durch einen Kopfschuß regelrecht hingerichtet. Auch die andern fünf wurden aus nächster Nähe erschossen.[5] Ein Soldat, der seinen Reservedienst in einer solchen Einheit in Ramallah ableistete, erzählte, daß sie »Prozeduren für die Gewährleistung des Todes« regelrecht einüben. »Was bedeutet, den Tod zu garantieren?« »Wir schießen ihn in den Kopf.« Er war überrascht, daß er während seiner regulären Militärzeit noch nicht mit solchen Maßnahmen (»ensuring death«) konfrontiert worden sei. Diese »Verdeckten Einheiten« sind immer wieder in Aktion.

- Am 6. Januar 1995 erschossen laut amnesty international/London Soldaten in Zivil vier Palästinenser im Alter von 16 bis 32 Jahren bei Bet Liqya aus einem Volkswagen-Bus, ohne ihnen überhaupt eine Chance zur Kapitualtion zu geben. Minuten später schaffte die reguläre israelische Armee die Leichen fort.
- Am 6. Juni 1996 töteten sie den 28jährigen Daud Shweiki nachts vor seinem Haus in Ras al-Amud in Ost-Jerusalem. Als er sich einem weißen Ford Transit näherte, wurde auf ihn aus dem Auto heraus geschossen. Auch sein Bruder wurde durch einen Schuß in die Brust verletzt. Die Untersuchungen wurden nach Angaben von Eran Shendar, Leiter der Untersuchungsabteilung für Polizeioffiziere im Justizministerium, Anfang August eingestellt. Der Zwischenfall sei auf eine unglückliche Verkettung verschiedener Umstände zurückzuführen. Daud habe geglaubt, das Auto werde gestohlen, und die »Verdeckten Einheiten« hielten die Männer für Terroristen. B'Tselem merkt an, in zwölf von 13 Fällen werde ähnlich argumentiert.
- Am 13. November 1996 erschossen Soldaten einer »Verdeckten Einheit« an einer Straßensperre zwischen Ramallah und Nablus den 18jährigen Iyad Dadran. Nach Aussagen des Fahrers hatten sie auf das haltende Auto das Feuer eröffnet.
- Am 25. Februar 1997 »übten« Soldaten in Zivil im Dorf Hizmeh (Bezirk Ramallah). Sie begannen zu schießen und verwundeten Einwohner, darunter den 57jährigen Mohammad al-Hilu am Bein. Er mußte sich hinsetzen. Ein Soldat schlug ihm zirka 20 Minuten mit einem Radio auf den Kopf, daraufhin starb er. Die von Einwohnern informierten Sicherheitskräfte weigerten sich, das Dorf zu betreten. Der Pressesprecher der Armee behauptete, die Soldaten

seien angegriffen worden und hätten erst dann das Feuer eröffnet, dabei seien ein Bewohner getötet und weitere verwundet worden.[6]

Sieben von zehn Kommandeuren sind angeklagt worden. Dennoch ist Israel stolz auf seine »Todesschwadronen«. General Jair Naweh erklärte: »Duwdewan (Kirsche) ist eine außergewöhnliche Einheit mit wunderbaren Kämpfern.« Mitunter muß bei den Einsätzen auch ein Israeli sein Leben lassen. Als ein Autofahrer aus Südisrael sich bei Hebron nicht kontrollieren lassen wollte, erschossen ihn die Soldaten. Seit Beginn der Intifada wurden 162 Palästinenser durch »Verdeckte Einheiten« getötet, 30 davon seit Unterzeichnung der Osloer Vereinbarungen.

Durch Terroranschläge radikaler Palästinenser wurden nach Beginn des Friedensprozesses immer wieder unschuldige Israelis getötet. Die israelische Regierung begründete ihre massiven Einsätze gegen Palästinenser und völkerrechtswidrige Maßnahmen mit Sicherheitsinteressen. Dazu gehörten Landenteignungen, Zerstörung und Versiegelung von Häusern, Einschränkungen der Bewegungsfreiheit, weitere Freiräume für die Gewaltanwendung bei Verhören durch Geheimdienstagenten sowie die Ausdehnung der Administrativhaft von sechs Monaten auf ein Jahr. Legitime Sicherheitsinteressen und der Übereifer der Behörden waren auch die Standardrechtfertigungen für die israelischen Übergriffe und Menschenrechtsverletzungen. Bei genauerem Abwägen der israelischen Politik gegenüber den Palästinensern kommt man zu dem Schluß, daß das Sicherheitsargument nur als ein Vorwand genutzt wurde, um die Palästinenser zu unterdrücken, ökonomisch auszubeuten und sich des Landes auf völkerrechtswidrige Weise zu bemächtigen.

Bevor die israelische Armee sich in den Autonomiegebieten aus den Bevölkerungszentren zurückgezogen hat, verhaftete sie zahlreiche Palästinenser, die als Gegner des Friedensprozesses bekannt waren, und steckte einige von ihnen in Administrativhaft. Vor der Unterzeichnung der Oslo-Abkommen saßen zirka 800 Häftlinge ein; im September 1993 befanden sich 277 in Verwaltungshaft. Seither schwankt diese Zahl, augenblicklich sind mehr als 500 in Haft. Die israelischen Behörden wählen diese Haftform, wenn eine bestimmte Person eine Gefahr für die Sicherheit darstellen könnte. Bei Verwaltungshaft ist keine Anklage erforderlich, und sie kann mehrmals halbjährlich, seit Februar 1996 jährlich verlängert werden. Manche Häftlinge verbringen Jahre in Administrativhaft, ohne jemals angeklagt zu werden. Somit erweist sich diese Art der Verwahrung als ein Instrument der Prävention und der Strafe. Die Häftlinge werden nur sehr vage über die Gründe unterrichtet. Die Haftdauer hat während des Friedensprozesses zugenommen. So sind 13 Häftlinge schon mehr als drei Jahre inhaftiert. Ahmad Qatamesh, der seit fünfeinhalb Jahren in Verwaltungshaft saß, wurde am 15. April 1998 freigelassen. Die Behörden setzen diese Haftform immer häufiger als eine alternative Form der Bestrafung ein, insbesondere dann, wenn ihnen hinreichende Beweise fehlen. Begründungen sind in der Regel allgemein. Da alle »Beweisstücke« als »geheim« unter Verschluß gehalten werden, besteht für die Beschuldigten keine Möglichkeit, sie zu widerlegen.

Die »rechtliche Grundlage« für diese Haftform bildet Militärbefehl Nr. 1 229 aus dem Jahre 1988. Das Völkerrecht erlaubt sie nur unter ganz bestimmten Bedingungen und legt andere Kriterien fest als die Militärbefehle.[7] Die israelische Regierung behauptet, sie wähle die Administrativhaft nur aus sicherheitspolitischen Erwägungen. Nach Angaben von B'Tselem gilt diese Haftform als eine »bequeme Alternative zu einem ordentlichen Prozeß und einer Strafe; und ›Sicherheit‹ wird so weit gefaßt, daß sie gewaltlose politische Betätigung und die Äußerung einer politischen Meinung einschließt«[8]. Wenn Israel von der »Gefährlichkeit« dieser Häftlinge überzeugt wäre, sollte es sie anklagen und nicht willkürlich jahrelang in Sicherheitsverwahrung halten.

Imad Sabi z. B. wurde im Dezember 1995 inhaftiert und nach 20 Monaten freigelassen. Die Armee stimmte zu, daß er zum Studium nach Holland ausreisen kann und für vier Jahre nicht in die Westbank zurückkehren darf. Diese Vereinbarung wurde zwischen dem Staatsanwalt und der Anwältin Tamar Pelleg-Sryck ausgehandelt, kurz bevor das Oberste Gericht sich mit dem Fall befassen wollte. Schon ein Jahr zuvor hatte Sabi einen gleichlautenden Entlassungsantrag gestellt, der aus »Sicherheitsgründen« abgelehnt worden war. Am 26. August 1997 wurde er schließlich entlassen, weil sein siebenjähriger Sohn an Nierenproblemen litt. Wäre er von Anfang an wirklich ein Sicherheitsrisiko gewesen, hätte ihn die Armee wohl nicht wegen der »humanitären Umstände« freigelassen.

Ein besonders heikles Thema sind die Folterungen von Palästinensern durch den israelischen Inlandsgeheimdienst Shin Bet. Im Juni 1994 hatte Human Rights Watch in Washington eine umfangreiche

Dokumentation vorgelegt. Auch ein Bericht von B'Tselem vom 17. November 1994 belegt, daß nach Beginn des Friedensprozesses weiterhin Folter bei Verhören angewendet wird. Es sterben zwar weniger inhaftierte Palästinenser als früher, aber das Foltern hat vermutlich zugenommen. Die Verhöreinrichtungen des Geheimdienstes befinden sich in einem gesonderten Teil der Gefängnisse oder in Einrichtungen des Militärs, über die weder der Militärkommandeur noch der Gefängnisleiter Befehlsgewalt besitzt. Der Shin Bet agiert in einem rechtsfreien Raum. Amnesty international und die Internationale Juristenkommission in Genf wiesen Anfang Februar 1995 ebenfalls auf die fortdauernden Folterungen durch den Shin Bet hin.[9] Anfang Juni 1997 bestätigte die Generalsekretärin von The Public Committee Against Torture in Israel (PCATI), Hannah Friedman, dies in einem Gespräch mit mir.

Der Palästinenser Abd el Samed Harizat starb am 26. April durch zu »heftiges Schütteln« (violent shaking), vier Tage nach seiner Verhaftung. Sein Tod löste in Israel eine kontroverse Diskussion über die Verhörmethoden des Shin Bet aus. Diese Methoden, die auf dem geheimen Teil des Landau-Berichtes beruhen, waren schon immer heftig umstritten, erlauben sie doch die Anwendung »moderater physischer Gewalt«, sprich Folter.[10] Harizat war nach Angaben des Mandela-Instituts als völlig gesunder Mann ins Gefängnis eingeliefert worden. Die israelischen Behörden warfen ihm vor, er sei Mitglied der Hamas und an einigen Anschlägen beteiligt gewesen. Die Autopsie ergab, daß er aufgrund von inneren Kopfverletzungen starb. Zum ersten Mal gab die israelische Regierung zu, daß ein Palästinenser durch Verhörmethoden des Shin Bet zu Tode gekommen ist. Der Bericht von B'Tselem schließt mit dem Appell: »Die israelische Regierung muß umgehend Schritte einleiten, die der Folter bei Verhören ein für alle Male ein Ende setzt.« Perfide ist, daß Harizat laut Angaben des israelischen Militärrundfunks von palästinensischen Kollaborateuren auf Befehl von Shin-Bet-Agenten gefoltert worden sei.

Das jüngste Todesopfer ist der 18jährige Nidal Abu Srour, der am 29. Januar 1998 angeblich Selbstmord durch Erhängen begangen haben soll. Am 6. Januar wurde er verhaftet und in die Verhörabteilung des Shin Bet im »Russian Compound« in Jerusalem gebracht. Am 17. Januar lieferte man ihn ins Hadassah Krankenhaus ein, wo er zwölf Tage später starb. Die Autopsie ergab, daß Abu Srour bereits seit zehn Tagen hirntot war. Nach Angaben des Mandela-Instituts

wies der Körper keine Spuren äußerer Gewalt auf. Menschenrechtsorganisationen vermuten, der Shin Bet habe bei diesem Gefangenen neue Verhörmethoden angewandt. Ein Selbstmord sei auszuschließen, da Srour mit gewöhnlichen israelischen Kriminellen in einer Zelle eingesperrt war. Sein Tod führte zu heftigen Ausschreitungen in Bethlehem.

Ministerpräsident Yitzhak Rabin hatte 1995 bestätigt, daß an etwa 8 000 Palästinensern die Schüttel-Methode angewandt worden sei. Während er die Schüttel-Methode generell verteidigte, forderten der damalige Justizminister David Libai und der Generalstaatsanwalt Michael Ben-Yair eine striktere Auslegung der Vorschriften. In einem Interview mit der juristischen Fachzeitschrift »HaLishka«, das in »Ha'aretz« vom 19. Oktober 1995 auszugsweise zitiert wurde, kritisierte Ben-Yair, daß der Shin Bet sich über das Gesetz stelle. Das »Schütteln« könne zum Tode führen und verursache Gehirnschäden. »Ich bin nicht bereit zu akzeptieren, daß jeder junge Palästinenser mit Bart, der verhaftet wird, einen Hirnschaden erleidet ... In diesem Land gilt das Gesetz für alle staatlichen Stellen einschließlich den Shin Bet und für solche, die für ihn verantwortlich sind, d. h. den Ministerpräsidenten.« Rabin und der Shin Bet warfen dem Generalstaatsanwalt postwendend vor, er binde dem Geheimdienst im Kampf gegen den Terrorismus die Hände. An den Verhörmethoden des Shin Bet änderte sich nichts. Nach einem Terroranschlag im Januar 1995 gestattete die Regierung dem Shin Bet sogar, für eine begrenzte Zeit nicht näher definierte »außergewöhnliche Methoden« anzuwenden. Zu den normalen Verhörmethoden des Shin Bet gehören: Schlafentzug, der sich über Wochen hinziehen kann, Schläge auf alle Teile des Körpers, Verbalinjurien, langes Stehen oder Sitzen in unbequemen Positionen, Einsperren in einem sehr engen Raum sowie den Häftling extremen Temperaturen auszusetzen.

Die meisten der gefolterten Gefangenen wurden freigelassen, ohne daß gegen sie Anklage erhoben worden wäre. Dazu B'Tselem: »Dies legt die Annahme nahe, daß physische Gewalt eher Standard als die Ausnahme in den GSS-Verhören darstellt.«[11] Am 1. Dezember 1995 mußte der 15jährige Abdel Rahman Asaad Shamlah nach zweimonatigem intensivem Verhör im Gefängnis von Ashkelon ins Krankenhaus eingeliefert werden, weil er seine Bewegungsabläufe nicht mehr kontrollieren konnte. Zur gleichen Zeit verlor der 18jährige Islam Sharif Abu Al-Izzah im Jalma-Gefängnis ein Auge, da seine Verhörer ihn heftig geschlagen hatten. Die palästinensischen Men-

schenrechtsorganisationen Mandela-Institute und Al-Haq berichteten über die Ermordung von drei Palästinensern in israelischen Gefängnissen durch Palästinenser. Zum Foltern setzen die Israelis mitunter palästinensische Kollaborateure ein. Von ihrer Verantwortung für die Mißhandlung Gefangener werden sie dadurch jedoch nicht entbunden.

Ebenso erschütternd ist die eidesstattliche Erklärung des 28jährigen Abdel Rahman al-Ahmar aus dem Flüchtlingslager Deheische in Bethlehem. Am 19. November 1995 wurde er in Administrativhaft genommen und am 14. Februar 1996 in die Verhörabteilung des Geheimdienstes Shin Bet in das Gefängnis in West-Jerusalem gebracht. Der Vorsitzende des Militärgerichtes, Shlomo Isaacson, verlängerte die Verhördauer, obwohl al-Ahmar über Folterungen berichtet hatte.[12] Eine besonders perfide Art des Verhörs wandte der Shin Bet im Falle des Ehepaares Salem und Hanan Ali aus dem Dorf Bani Na'im in der Nähe Hebrons an. Das Ehepaar wurde gegeneinander ausgespielt und gedemütigt; einige dieser Verbalinjurien betrafen den Sexualbereich. Salem Ali wurde auch schwer mißhandelt.[13]

Am 11. Januar 1996 gestattete das Oberste Gericht dem Shin Bet erstmals die Anwendung »moderater physischer Gewalt«. Ein Novum in der israelischen Rechtsgeschichte. Betroffen war der am 6. Dezember 1995 verhaftete Palästinenser Abd el-Halim Balbisi. Die Menschenrechtsorganisationen sahen diese Entscheidung als einen Rückschlag in ihrem Kampf gegen die Folter und Mißhandlung von Palästinensern an. In einer gemeinsamen Presseerklärung vom 28. Januar 1996 verurteilten B'Tselem, HaMoked, PCATI und PHR die Verhörmethoden als Folter. Balbisi wurde 18 Tage vom Shin Bet verhört, der ihm Beteiligung am Terrorismus vorwarf. Auf Antrag seines Anwaltes Andre Rosenthal untersagte das Gericht dem Geheimdienst vorübergehend die gewaltsamen Verhörmethoden. Der Anwalt hatte schriftlich versichert, sein Mandant sei nicht in Terroranschläge verwickelt gewesen. Nach einigen Tagen, in denen er keiner Gewaltanwendung ausgesetzt war, gestand Balbisi jedoch, daß er in seinem Haus die Bomben hergestellt hatte, die durch zwei Selbstmordattentäter in Beit Lid zur Explosion gebracht wurden und 21 Israelis töteten. Eine dritte Bombe konnte nicht eingesetzt werden, da der potentielle Selbstmordattentäter nicht erschienen sei. Das Versteck gab Balbisi preis.

Dieses Geständnis und die mögliche Gefahr weiterer Terroranschläge veranlaßte das Gericht, die einstweilige Verfügung gegen den Shin Bet aufzuheben. Dies rechtfertige aber keine gesetzwidrigen Maßnahmen. Die Verhörmethoden seien nur zur möglichen Verhinderung von Attentaten erlaubt. Diese Begründung beruht auf Artikel 34 des Strafgesetzbuches, der Vertretern des Staates Straffreiheit garantiert, wenn ihre Maßnahmen dazu dienten, das Leben, die Person oder das Eigentum anderer vor Schaden zu bewahren. Eine ähnliche Begründung gab das Oberste Gericht in den Fällen von Muhammad Abd al-Aziz Hamdan vom 14. November und Khader Mubarak am 17. November 1996.[14]

Während der Verhandlung im Fall Hamdan geriet Anwalt Rosenthal in eine schwierige Lage. Das Gericht konstruierte folgende Situation: Ein Bombenanschlag auf ein Hochhaus wurde angekündigt und der Verhörer ahne, daß der Gefangene das Versteck kenne. Noch habe man die Chance, die Bombe zu entschärfen und damit Menschenleben zu retten. Was solle der Beamte tun? Als der Anwalt entgegnete, auch dann dürfe keine physische Gewalt angewendet werden, bemerkte der Richter: »Das ist doch unmoralisch: so eine Position habe ich ja noch nie gehört. Da sollen also womöglich tausend Menschen sterben, und Sie schlagen vor, nichts zu tun?«

Das Oberste Gericht entschied am 7. und 11. Januar 1998, daß der Shin Bet auch bei Abdel Ghneimat und Fuad Qu'ran weiter seine Verhörmethoden praktizieren könne. Die Befürchtungen der Menschenrechtsorganisationen sind nicht unbegründet, daß solche Einzelfallentscheidungen zu einer generellen Regel werden. Das Oberste Gericht gab dem Druck des Geheimdienstes nach, obwohl der Anti-Folterausschuß der Vereinten Nationen im Mai 1997 feststellte, daß die Verhörmethoden des Shin Bet im Widerspruch zur UN-Folterkonvention stehen, die von Israel 1991 unterzeichnet wurde. Das Oberste Gericht hatte auch gegen die Entscheidung des Militärgerichts nicht interveniert, die Verhöre von Ghneimat zu verlängern.

Die Güterabwägung, die das Oberste Gericht vornahm, ist problematisch. Ein Notstand kann kein Rechtfertigungsgrund für einen Bürger sein, eine Straftat zu begehen. Daraus kann ein Staat nicht die Möglichkeit ableiten, seinen Beamten in vorhersehbaren Situationen rechtswidriges Handeln vorzuschreiben. Nach dem Völkerrecht ist es sogar verboten, Kriegsgefangene zum Zwecke der Preisgabe von Geheimnissen zu foltern. Folter ist auch nach israelischem Recht verboten. Das Gericht machte sich die Ansicht der Polizei zu eigen, daß die Gefangenen »tickende Zeitbomben« seien. Auf die-

ser Annahme beruhte auch die Rechtfertigungstheorie, die nach Meinung von israelischen Rechtsexperten der systematischen Folter Tür und Tor öffnet. Die Theorie von »tickenden Zeitbomben« verhindert erstens keine Anschläge. Zweitens weiß man zu Beginn der Folterungen nicht, ob der Häftling lebensrettende Informationen besitzt. Damit wird die Unschuldsvermutung von den Füßen auf den Kopf gestellt und der Rechtsstaat in sein Gegenteil verkehrt. Führt moderate Gewalt nicht zum Ziel, werden die Maßnahmen verschärft, deshalb sterben immer wieder Menschen an den Folgen der Folter. Auch ein fälliges Strafverfahren wird zur Farce, wenn die Geständnisse erpreßt worden sind.

Im israelischen Parlament werden derzeit folgende Gesetze beraten, die die Anwendung von Gewalt bei Verhören legalisieren würden:
- Strafgesetz (Ergänzung – Verbot von Folter), 1995.
- Ergänzungsgesetz, das die Regularien in bezug auf das Geständnis des Angeklagten und die Umstände für eine Wiederaufnahme des Verfahrens regelt, 1995.
- Gesetz über den Allgemeinen Sicherheitsdienst, GSS (beabsichtigt ist, jede Tätigkeit des GSS zu regeln).[15]

Als diese Gesetze in die Knesset eingebracht wurden, protestierten einige Parlamentarier sowie israelische und internationale Menschenrechtsorganisationen heftig. Laut einem Paragraphen des Gesetzes über den Geheimdienst, das mit »Special Interrogation Powers to Prevent Terrorism« überschrieben ist, erhält der GSS-Verhörer die Befugnis, »Gewalt« anzuwenden, wenn der Verdacht besteht, dadurch könne ein Gewaltakt gegenüber dem Staat oder Menschen verhindert werden. Die Methoden der Gewaltanwendung werden durch Regeln bestimmt, die geheim bleiben sollen. Damit würden implizit alle Maßnahmen legalisiert, die der Shin Bet bereits anwendet und die im Landau-Bericht niedergelegt sind,. Er darf »Gewalt anwenden«, vorausgesetzt die Methode verursacht keine »starken Schmerzen« und schädigt die Gesundheit des Verhörten nicht. Was starke Schmerzen sind, bleibt offen. In dem Zusatz zum Gesetz gegen Folter wird diese definiert als »heftiger Schmerz oder Leiden, ob physisch oder geistig, mit der Ausnahme von Schmerz und Leiden, die durch Verhörmethoden oder gesetzmäßige Bestrafung verursacht wird«. Den Geheimdienstagenten wird Immunität zugesichert, und zwar für »begründete Akte, die im guten Glauben und in Erfüllung ihrer Pflicht« begangen worden sind. Dieser Gesetzentwurf widerspricht der von Israel unterzeichneten UN-Konvention gegen Folter, wird er in der Knesset angenommen, ist Folter in Israel erstmals ausdrücklich legalisiert.

PCATI kritisiert, daß das Gesetz gegen Folter und das Gesetz über die Geheimdienste als Junktim behandelt werden, obwohl laut UN-Folterkonvention ein Notstand nicht dazu mißbraucht werden dürfe, um Folter zu rechtfertigen. Dadurch gelingt der israelischen Regierung ein sophistischer Trick: sie würde niemals ihre eigenen Gesetze brechen, da die Anwendung von Folter durch den Shin Bet rechtlich keine Folter sei, und der Zusatz im Strafrecht, der Folter eindeutig verbiete, sichere die Regierung zusätzlich ab. Mordechai Kremnitzer, ein bekannter Rechtsgelehrter an der Hebräischen Universität in Jerusalem, schrieb am 4. Februar 1996 in »Yediot Aharonot«: »Nur der Form nach wäre dies ein Gesetz, vom Gehalt nach wäre es augenscheinlich illegal.« Israel wäre das einzige Land, das per Gesetz das Zufügen von Schmerz während der Verhöre legalisieren würde, dies fände in anderen Ländern gewiß Nachahmer. Durch die intensive Kampagne von B'Tselem und anderen Organisationen ist es gelungen, den Ausschuß, der für die Formulierung dieses Gesetzespakets zuständig ist, von der Problematik der Formulierungen zu überzeugen. Der Ausschuß entschied, sowohl die Definition von Folter als auch die »besonderen Verhörmethoden« für den Shin Bet in den Entwürfen zu streichen. Allein schon die Verabschiedung eines Gesetzes gegen Folter impliziert, daß es in Israel Folter gibt.

Das israelische Kabinett hat jetzt das Gesetz über den Shin Bet verabschiedet, das seine Arbeit erstmals auf eine rechtliche Grundlage stellt. Da darin die Verhörmethoden nicht erwähnt werden, wird der Shin Bet insgeheim seine alte Verhörpraxis weiter ausüben. Der Geheimdienst muß u. a. einem Geheimdienstunterausschuß und einem Komitee unter Vorsitz des Ministerpräsidenten alle drei Monate Bericht erstatten, dem der Verteidigungs-, Justiz- und der Minister für öffentliche Sicherheit angehören. Shin-Bet-Mitarbeiter dürfen weiterhin vor Gericht Pseudonyme benutzen.

Am 30. Juli 1997 behandelte die Knesset in erster Lesung ein Gesetz, das die Menschenrechtsorganisationen ebenfalls ablehnen.[16] Darin werden allen Palästinensern Entschädigungsansprüche abgesprochen, die durch israelische Sicherheitskräfte getötet oder verletzt worden sind. Den Gesetzentwurf hatte noch die Arbeitspartei eingebracht. Nach derzeit in Israel geltendem Zivilrecht erhält ein

Soldat Immunität, wenn er an einer »Kampfhandlung« beteiligt war. Das Oberste Gericht in Israel schränkt die Immunität auf »Kampfhandlungen« ein, die unter normalen Verhältnisse als Unrechtsakte gelten würden. In dem von der Regierung vorgelegten Entwurf sind alle Maßnahmen gegen Terror und die Sicherheit des Staates in die »Kampfhandlungen« einbezogen und die engen Ausnahmeregeln zur allgemeinen Regel erhoben. Die Umschreibung »zur Gewährung der Sicherheit« schließt das Risiko von Verletzungen und Tod mit ein, somit wären die Aktivitäten der Sicherheitskräfte vom Gesetz völlig ausgenommen. Nach diesem Entwurf hat ein Geschädigter nur ein Jahr lang die Möglichkeit, Klage einzureichen, und ihm wird die Beweislast übertragen. Falls dieses Gesetz verabschiedet werden sollte, wäre der israelische Staat während der Besetzung von Verstößen gegen Völkerrecht freigesprochen. Dieses wäre geradezu eine Offerte an die Sicherheitskräfte, rücksichtslos gegen die Palästinenser vorzugehen. Wenn sich der Staat Israel mit diesem Gesetz jeglicher Verantwortung gegenüber den Palästinensern entledigte, die durch die Okkupation Schaden erlitten haben, hätte dies verheerende Folgen: noch mehr Frust, noch mehr gewaltätige Auseinandersetzungen, neue Verzweiflungstaten.

Im Zusammenhang mit der Folter wird immer wieder die Rolle der Ärzte in diesem System diskutiert. Auf einer Konferenz im Juni 1993 in Tel Aviv[17] wurden heftige Vorwürfe gegen Mediziner erhoben, die in den Gefängnissen tätig sind. Darunter sind übrigens viele Einwanderer. Aus einem Bericht von amnesty international[18] geht hervor, daß sich viele für das Militär tätige Ärzte mit dessen Zielen identifizieren und die Sicherheit der Israelis bedroht sehen. Auch der Ärzteverband beziehe keine klare Position. »Indem sie zum einen weiterhin die Opfer der Folterungen versorgen, damit sie erneut gefoltert werden können, und zum anderen nichts unternehmen, um dieser Folterpraxis ein Ende zu bereiten, verletzen die israelischen Ärzte und anderen Angehörigen medizinischer Berufe, die für die palästinensischen Häftlinge während der Verhöre zuständig sind, ihr Berufsethos und lassen sich zu einem wesentlichen Bestandteil des Systems der Folterungen machen«, so der Bericht von amnesty international.

Die Besetzung der Westbank und des Gaza-Streifens führte immer wieder zu massiven Zusammenstößen zwischen Besatzungsmacht und Besetzten. Auch nach der teilweisen Abtrennung endeten die

Gewaltmaßnahmen nicht. Die Brutalität des Shin Bet wird in großen Teilen des Militärs, der Grenzpolizei und der regulären Polizei nachgeahmt. Palästinenser, die versuchen, illegal nach Israel zu gelangen, werden an den Kontrollpunkten oder im Kernland brutal mißhandelt und in die Autonomiegebiete zurückgeschickt. Dabei treibt sie die pure Not nach Israel, weil sie Arbeit benötigen, für die sie aber keine Erlaubnis erhalten. Am 20. November 1996 wurde im israelischen Fernsehen erstmals ein Videofilm gesendet, der solche Gewaltexzesse dokumentiert: Zwei Grenzpolizisten malträtierten sechs Palästinenser mit schallenden Ohrfeigen, brutalen Tritten gegen Kopf und Unterleib, demütigten sie durch Obszönitäten in Arabisch, zwangen sie zu Liegestützen und ritten auf ihren Schultern.

Die israelischen Politiker gaben sich nach der Fernsehsendung geschockt, sprachen von Schande und Scham, von moralischen Normen, der »Reinheit der Waffen« und der hohen Disziplin der Soldaten unter der Besetzung. Trotz dieser moralischen Entrüstungen hat sich nichts geändert, so B'Tselem, dessen Untersuchungen zeigen, daß solche Gewalt zum Alltag gehört.[19] Wie so oft wurde der Überbringer der schlechten Nachricht bestraft. Azzam Marakah, der das Video aufgenommen hatte, und seine beiden Brüder wurden von der Grenzpolizei, der Polizei und der Jerusalemer Stadtverwaltung dauernd belästig, ohne daß sie sich jemals einer Straftat schuldig gemacht hatten. Am 28. November griffen Inspektoren und Grenzpolizisten Azzams Bruder Husam an. Azzam wurde ebenfalls verprügelt, verhaftet und beschuldigt, er habe die Polizei bei ihrer Pflichterfüllung gehindert. Am 19. Dezember wurde Azzams Bruder Ghasan verhaftet, weil er angeblich einen städtischen Angestellten gestoßen haben soll. Als Azzam seinem Bruder helfen wollte, wurde er erneut festgenommen. Am 21. Dezember mußte sich Azzam auf der Polizeistation völlig ausziehen. Er wurde mit Obszönitäten beschimpft, und vier Polizisten machten sich über ihn lustig, wie er gegenüber Majib Abu Rokaya, einem Mitarbeiter von B'Tselem, bestätigte. Daraufhin reichte die Organisation eine Beschwerde beim Generalinspekteur der Polizei ein. Obwohl B'Tselem keine Antwort erhielt, hörten die Belästigungen auf.

Die Brutalität der Armee und der Grenzsoldaten trifft reiche und arme Palästinenser gleichermaßen. Am 11. November 1996 erschoß ein israelischer Heckenschütze den 7jährigen Ali Jawariesh, der in einer Gruppe von jugendlichen Steinewerfern in der Nähe von Rachels Grab stand. Der 36jährige Jimmy Kanawati wurde 11 Tage

später am Kontrollpunkt in Bethlehem von der israelischen Grenzpolizei getötet, als er von einem Abendessen aus Jerusalem zurückkehrte. Er stammte aus einer der reicheren Häuser in Bethlehem, Jawariesh dagegen gehörte zu einer armen Jerusalemer Familie. Nachdem Kanawati den Kontrollpunkt in Bethlehem passiert hatte, begannen die Soldaten zu schießen. Wie Augenzeugen berichteten, vergingen mehr als drei Stunden bis ein Krankenwagen eintraf. Der Beifahrer wurde verhaftet, nach Jerusalem gebracht und nach dem Verhör wieder freigelassen. Einen Tag später berichteten westliche Nachrichtenagenturen, Kanawatis Auto sei von der israelischen Polizei gejagt worden, die Grenzpolizei habe das Feuer eröffnet, als der Fahrer nicht anhielt. Beide Insassen seien betrunken gewesen. Der jüngste Gewaltakt ereignete sich am 17. März 1998 an einem Militärkontrollpunkt im Süden Hebrons, wo Soldaten »aus Versehen« drei palästinensische Bauarbeiter erschossen. Erstmalig entschuldigte sich ein israelischer Ministerpräsident öffentlich für diesen Zwischenfall und nannte die Namen der Soldaten.

Die Gewalt der Soldaten und Sicherheitskräfte schließt mitunter sexuelle Belästigungen mit ein. Bei Hausdurchsuchungen in Hebron, bei denen einige Pistolenkugeln, Waffen und Rauschgift gefunden wurden, zwangen Offiziere der Sicherheitskräfte Frauen im Alter von 17 bis 69 Jahren, sich vor ihnen, Familienangehörigen und Fremden nackt auszuziehen. Auch ein Mann sowie 18 Kinder im Alter bis 14 Jahren mußten sich vor ihnen entkleiden. Polizeioffiziere zwangen zwei Frauen, sich vor ihnen völlig zu entblößen. Zu diesen Befehlen kommen manchmal Beschimpfungen und Schläge. Bei den Hausdurchsuchungen richten die Sicherheitskräfte oft erheblichen Schaden an: Sie zerschlagen Möbel, werfen Lebensmittel auf den Boden, schlitzen Matratzen auf, vernichten Kleidung und Bilder. Mit solchen rechtswidrigen Aktionen zerstören die Polizeioffiziere mehr als den geringen Besitz der Betroffenen. Besonders gedemütigt wurde die 32jährige Itaf Abu Miyale. Sie mußte sich nackt ausziehen und hinsetzen, ihr wurden Handschellen angelegt. Obwohl die junge Frau sagte, sie sei im dritten Monat schwanger, wurde sie von einer Polizeioffizierin mißhandelt und geschlagen. Der Kommandeur der Truppe kam für 10 bis 15 Minuten in den Raum, griff aber nicht ein.[20]

Nur selten wird gegen Sicherheitskräfte Anklage erhoben. Entweder werden die Anträge der Opfer nicht angenommen, oder, was häufig geschieht, die Verfahren verlaufen im Sande. Oft kommt ein

Urteil eher einer Verhöhnung der Opfer gleich als einer Bestrafung der Täter. So wurden am 19. November 1996 vier Soldaten vor einem israelischen Militärgericht für schuldig befunden, einen 18jährigen Palästinenser fahrlässig erschossen zu haben. Als Strafe wurde eine Stunde Gefängnis auf Bewährung und eine Geldbuße von einem Agora, umgerechnet ein halber Pfennig, verhängt. Dies löste allenthalben Erstaunen aus, da die Agora-Münze nicht mehr als Wechselgeld ausgegeben wird.

Daß der Shin Bet oft mit brutaler Gewalt vorgeht, ist allseits bekannt. Hinweise von Menschenrechtsorganisationen, daß er dabei vor bewußtem Mord nicht zurückschreckt, wurden durch die Aussagen eines ehemaligen hohen Geheimdienstbeamten bestätigt. In »Yediot Aharonot« vom 26. Juli 1996 gab Ehud Yatom zu, auf Befehl des damaligen Geheimdienstchefs Abraham Shalom den Brüdern Subhi und Majdi Abu Jamea mit einem Stein die Schädel zertrümmert zu haben. Beide hatten mit zwei weiteren Palästinensern im Jahr 1984 einen Bus der Linie 300 entführt. Ihre Mittäter waren bei der Erstürmung des entführten Busses getötet worden. Yatom zufolge schlug auch der jetzige Verteidigungsminister Yitzhak Mordechai mit einer Pistole brutal auf die Brüder Abu Jamea ein. Trotz dieser Aussagen wurde der General nicht öffentlich zum Rücktritt aufgefordert. Der Zorn richtete sich wieder einmal gegen jenen, der das »Gesetz des Schweigens« durchbrach.

Yatom rechtfertigte, daß der Geheimdienst des öfteren Palästinenser einfach umbringe: »Im Kampf gegen Terroristen und um den Tod von Unschuldigen zu vermeiden, muß man Dinge tun, die nicht immer im Einklang mit perfekten Werten stehen. Gegen Terrororganisationen, die nicht zwischen Jung und Alt unterscheiden, gibt es nur einen Weg, sie zu stoppen, und das ist dieser.« Einen »Fehler« gestand er allerdings ein: Die Medien hätten zuviel von der »Operation« mitbekommen. Er habe unter vier Ministerpräsidenten den Terrorismus bekämpft und sei nach wie vor davon überzeugt, daß »diese Methode an sich korrekt war«.

Eine von der Regierung eingesetzte Untersuchungskommission wies Mordechai bereits vor zehn Jahren die Verantwortung für die Erstürmung des Busses und die Mißhandlung der Gefangenen zu, doch ein Militärgericht sprach ihn später von allen Vorwürfen frei. Auch der damalige Shin-Bet-Chef Shalom und weitere in die Affäre verwickelte Agenten wurden trotz öffentlicher Proteste nicht zur Rechenschaft gezogen. Der damalige Staatspräsident Chaim Her-

zog amnestierte die Agenten, und die Regierung weigerte sich, Shalom zu entlassen. Durch Yatoms Aussage sind zwar die Lügen des Geheimdienstes aufgedeckt worden, doch die Tatsache, daß Shin-Bet-Agenten, die sich ihrer Mordtaten öffentlich rühmen, nicht angeklagt werden, lädt geradezu ein zu weiteren Folterungen. Das Palästinensische Menschenrechtszentrum in Gaza hat auf ungeklärte Morde hingewiesen, die in den Jahren 1993/94 begangen wurden: Omar Khamis al Ghoula, Ayman Nassar, Jamaa und Yousel Abu Mohaisen, Saleem Mowafi sowie die Erschießung von sechs Mitgliedern der Fatah-Falken durch »Verdeckte Einheiten« in Jabalya.[21]

Nach Oslo machen die Zerstörung von Häusern, die Erweiterung von Siedlungen, die Konfiszierung von Land und der damit zusammenhängende Bau von Umgehungsstraßen sowie die Abriegelung der besetzten und autonomen Gebiete den Hauptanteil der von Israelis begangenen Menschenrechtsverletzungen aus. Angaben des israelischen Verteidigungsministeriums zufolge wurden 1996 140 und 1997 145 Häuser zerstört, allein in der Westbank sind rund 900 weitere »vorgemerkt«. Die Rate von 1987 bis 1997 beläuft sich auf zirka 1800 Häuser. Von Oslo (September 1993) bis März 1998 sind 469 Häuser zerstört worden. Angeblich alles »Schwarzbauten«. Da Palästinenser so gut wie keine Baugenehmigungen erhalten, sind sie oft zu solchen »illegalen« Handlungen gezwungen. Auch die abschreckende Wirkung der drakonischen Maßnahmen wird immer wieder als Begründung ins Feld geführt: Nicht nur der Täter soll bestraft werden, sondern seine Familie bzw. sein Umfeld.[22] In der Westbank wurden hauptsächlich Häuser zerstört, die in der Nähe von Siedlungen oder »Umgehungsstraßen« stehen.

Israel beruft sich bei diesen völkerrechtswidrigen Aktionen auf Artikel 119 der Notstandsverordnungen aus der britischen Mandatszeit. Laut Artikel 53 der Genfer Konvention darf jedoch eine Besatzungsmacht nur aus »absoluter militärischer Notwendigkeit« Häuser zerstören. Palästinenser können gegen den Zerstörungsbescheid beim zuständigen Militärkommandeur schriftlich Einspruch erheben. Wird dieser abgelehnt, hat der Betroffene das Recht, eine Eingabe beim Obersten Gericht einzureichen. Bisher wurde in fast allen Fällen der Zerstörungsverfügung der Armee stattgegeben. Seit der Besetzung Ost-Jerusalems verfolgen alle israelischen Regierungen das Ziel, die demographische Entwicklung zugunsten der jüdischen Einwohner zu verändern. Dank einer gezielten Siedlungspolitik gelang dies bis zum Jahr 1993: Nachdem um Ost-Jerusalem herum ein Siedlungsring errichtet worden war, lebten 155 000 Israelis und 150 000 Palästinenser in diesem Stadtteil. Bis 1996 hatten die israelischen Behörden 34 Prozent der Fläche von ganz Jerusalem für »öffentliche Zwecke« konfisziert und 40 Prozent zu »grünen Zonen« erklärt, um den Palästinensern das Bauen zu verweigern. Sollte eine Siedlung gebaut werden, hob man den Status auf wie im Fall des hügeligen Geländes westlich von Shufat und Abu Ghneim (Har Homa). Seit der Besetzung werden in Ost-Jerusalem lebende Palästinenser rassisch diskriminiert. Bürgermeister Ehud Olmert setzt die intensive Politik der »Judaisierung« fort. Nach seiner Wahl wurden erheblich mehr Anordnungen zur Zerstörung von Häusern in Ost-Jerusalem erteilt als während der Amtszeit des »liberalen« Teddy Kollek (1965 – 1994). Bei der im Augenblick laufenden politisch motivierten Kampagne wird Olmert durch seinen Stellvertreter Shmuel Meir unterstützt, hinter dem religiös-nationalistische Siedlergruppen stehen.[23]

Befehlen die Behörden einen Baustop, kann der Betroffene Einspruch erheben und sich um eine Genehmigung bemühen. Diese Methode wird fast nur in West-Jerusalem angewendet. Eine Zerstörungsanordnung aufgrund krimineller Taten zieht ein langes Verfahren nach sich. Gegen Palästinenser in Ost-Jerusalem wird meist eine Verwaltungsanordnung erlassen. In diesen Fällen läuft die Einspruchsfrist nach 24 Stunden ab, dann erfolgt umgehend die Zerstörung.

Seit der Regierungsübernahme durch Benjamin Netanyahu waltet vor allem in Ost-Jerusalem eine Politik, die Menschenrechtsorganisationen als »stille Deportation«[24] von Palästinensern charakterisieren. Die Hauptinstrumente dieser Politik sind neben der reduzierten Vergabe von Baugenehmigungen eine rigide Haltung bei der Familienzusammenführung, Landenteignungen und ein Minimum an Investitionen in die Infrastruktur.

1996/97 wurden in Jerusalem mehr als 500 Häuser zur Zerstörung freigegebenen – eine neue Rekordmarke. Die palästinensischen Anwälte sind überzeugt, daß der Hohe Planungsrat nicht eine einzige Entscheidung zugunsten der Hausbesitzer fällen wird, so Khader Shkirat, Direktor von LAW, in einem Gespräch mit dem Verfasser im Juni 1997. Eine Baugenehmigung werde Palästinensern aus Prinzip verweigert und nicht, weil Bauvorschriften verletzt wurden. Seit der Besetzung Ost-Jerusalems wurden knapp 38 500 Wohnein-

heiten für Israelis und keine einzige für die Palästinenser errichtet oder gefördert. »Jerusalem wächst nur für Juden«, resümierte Jörg Bremer in der »FAZ« vom 1. April 1997. Der ehemalige Bürgermeisters Kollek wies in einem Leserbrief auf einige Dienstleistungen für die Bewohner Ost-Jerusalems hin, die aber eher aus Eigennutz erbracht wurden, da Israelis z. B. von unhygienischen Verhältnissen mitbetroffen gewesen wären. Kollek verfolgte keine andere Politik als Olmert, hatte sie aber rhetorisch geschickter verpackt, zeigt ein Interview, das am 10. Oktober 1990 in »Maariv« erschien. Nach dem Massaker in der Al-Aqsa-Moschee sprach er offen über Israels politische Ziele. »Wir sagten Dinge, ohne sie so zu meinen, und wir haben sie nicht verwirklicht. Wir erklärten immer wieder, daß wir die Rechte der Araber und die Rechte der Juden angleichen würden – alles leeres Geschwätz. Levi Eshkol und Menachem Begin versprachen ihnen gleiche Rechte – beide brachen ihr Versprechen … Niemals haben wir ihnen das Gefühl gegeben, sie seien vor dem Gesetz gleich. Sie waren und bleiben zweit- oder drittklassige Bürger. … Für das jüdische Jerusalem tat ich etwas in den letzten 25 Jahren. Für den Ostteil nichts! … Bürgersteige? Nichts! Kulturelle Einrichtungen? Keine einzige. Ja, wir bauten ein Abwassersystem für sie und verbesserten die Wasserqualität. Wissen Sie auch, warum? Sie glauben doch nicht, es war zu deren Vorteil oder Wohlbefinden? Das können Sie vergessen! Es gab einige Cholerafälle dort, und die Juden waren besorgt, daß sie sich infizieren könnten. Wegen der Cholera haben wir das Abwassersystem installiert und das Wasser verbessert.« In einer Sitzung des Stadtrates vom 27. Dezember 1994 sagte Kollek: »Jeder, der denkt, daß es die Araber hier gut haben, hat schlicht Unrecht … Nehmen Sie Beit Safafa als Beispiel. Ein Teil ihres Landes wurde für Katamon, ein Teil für ›Itri‹, einiges für Gilo und einiges für die Durchgangsstraße in der Nachbarschaft und für Pott gebraucht … Ich könnte ihnen die gleiche Geschichte für jedes Dorf erzählen.«

Die Politik der »leisen Deportation« hat dramatische Konsequenzen für die Bewohner Ost-Jerusalems. Nach israelischem Gesetz haben die in der Stadt lebenden Palästinenser ein dauerndes Aufenthaltsrecht. Ihnen ist im Gegensatz zu den Bewohnern der besetzten Gebiete die Aus- und Wiedereinreise gestattet, und sie können ohne besondere Erlaubnis in ganz Israel arbeiten. Das Einreisegesetz legt fest, daß die Palästinenser das permanente Aufenthaltsrecht verlieren, die einen ähnlichen Status in einem anderen Land innehaben

oder dessen Staatsbürgerschaft annehmen oder mehr als sieben Jahre kontinuierlich im Ausland leben. Bis Mitte 1996 wurde diese Vorschrift nur sehr sporadisch angewandt. Zudem galten der Gaza-Streifen und die Westbank in der Vergangenheit nicht als Ausland. Von Ende der achtziger Jahre bis 1994 verloren zirka 50 Bewohner ihre Identitätskarte, im Jahre 1995 waren es 96, im Jahr darauf bereits 689, und 1997 erreichte die Zahl der Ausgebürgerten mit rund 1 000 ihren höchsten Stand. Die vermeintliche Liberalität der vergangenen Jahre erwies sich jetzt als »Falle«. In den letzten Jahren zogen immer mehr Palästinenser in die Westbank, weil ein Familienmitglied – trotz Heirat – keine Aufenthaltsgenehmigung für Ost-Jerusalem bekam. Anträge von Palästinenserinnen aus Ost-Jerusalem auf Familienzusammenführung lehnte das israelische Innenministerium mit der Begründung ab, es sei üblich, daß Frauen in das Haus der Männer ziehen. Entsprechende Anträge von Männern wurden genehmigt.

Für zirka 70 000 Palästinenser, die nicht ständig in Jerusalem leben, kann die jetzige strikte Handhabung des Einreisegesetzes gravierende Folgen haben. »Durch die Anwendung von Gesetzen, Verordnungen, Gerichtsentscheidungen und Tricks der Verwaltung verweisen die israelischen Behörden Tausende von Palästinensern aus der Stadt. Nicht nur werden sie gezwungen, ihre Wohnungen zu verlassen, sondern sie verlieren auch ihre sozialen Vergünstigungen und die Verbindungen zu ihren Familien. Sie müssen ein neues Leben an einem anderen Ort beginnen … Diese leise Deportation ist eine direkte Fortsetzung von Israels genereller Politik in Jerusalem seit 1967, deren Ziel es ist, eine dauerhafte jüdische Mehrheit in der Stadt zu sichern, so daß die israelische Souveränität nicht in Frage gestellt werden kann.«[25] Jeder Palästinenser muß nachweisen, daß er in der Stadt lebt oder sein Lebensmittelpunkt dort ist, sonst muß er die Stadt innerhalb von 15 Tagen verlassen, darf künftig weder kulturelle Einrichtungen nutzen noch die religiösen Stätten besuchen. Die Beweislast liegt bei jedem einzelnen. So müssen Wasser- und Stromrechnungen, Schulzeugnisse und andere Dokumente vorgelegt werden. Die Behörden brauchen den Entzug der Identitätskarte nicht zu begründen.

Diese Politik ist eine elegante Variante »legaler ethnischer Säuberungen«. Sie verstößt aus mehreren Gründen gegen Völkerrechtsprinzipien: Ost-Jerusalem ist weiterhin besetztes Gebiet. Alle einseitigen Maßnahmen sind null und nichtig. Israels Unterscheidung

zwischen jüdischen Siedlern und Palästinensern kommt einer offenen Diskriminierung gleich und widerspricht dem Grundsatz der Gleichheit. In den vergangenen 28 Jahren hat Israel auch Palästinensern, die in der Westbank wohnten, de facto das Wohnrecht in Ost-Jerusalem zuerkannt. Menschen, die ihr Leben darauf aufgebaut hatten, werden durch die rückwirkende Änderung der Politik mißbraucht. Die Kriterien für den Nachweis des »Lebensmittelpunktes« sind so detailliert und umfassend, daß selbst ständige Bewohner Ost-Jerusalems Probleme haben, sie vollständig zu erfüllen.

Mit den genannten Restriktionen korrespondiert die Expansion der israelischen Siedlungen. Hier sei noch einmal darauf hingewiesen, daß der Siedlungsbau und der Transfer der eigenen Bevölkerung zu Zwecken der Kolonisierung fremden Landes nach Artikel 49 der Genfer Konvention verboten sind. Das Oberste Gericht Israels hat jedoch in den siebziger Jahren die Beschlagnahme von privatem Land zu militärischen Zwecken sanktioniert, auf dem später Siedlungen gebaut wurden. Auch Enteignungen von »Staatsland« hieß es gut.

Die Oslo-Vereinbarungen schränkten den Lebensraum der Palästinenser weiter ein. So stehen 1 000 Siedlern 27,5 Quadratkilometer zur Verfügung, 1 000 Palästinensern dagegen nur 1,7. Die Rabin-Peres-Regierung konfiszierte fünf Prozent des Landes in der Westbank für den Ausbau der Siedlungen und für den Bau der Umgehungsstraßen.[26] Arafat hat zwei Prozent weniger unter Autonomieverwaltung. Seit der Besetzung der Westbank hat Israel zirka 65 Prozent des gesamten Gebietes beschlagnahmt.

Nach der Unterzeichnung des »Interimsabkommens« wurde aus »Sicherheitsgründen« mit dem Bau eines 400 Kilometer langen separaten Straßennetzes begonnen, das die Siedlungen untereinander und mit den Bevölkerungszentren direkt verbindet. Es basiert auf Plänen, die der Gush-Emunim-Block bereits in den achtziger Jahren entworfen hatte. Einige dieser Straßen sind nur für »jüdischen Verkehr« reserviert, so z. B. die »Tunnel-Straße«, die den Etzion-Block mit Jerusalem verbindet. Durch die Umgehungsstraßen wird die Westbank weiter fragmentiert und die militärische Kontrolle der Palästinenser dauerhaft gesichert.

Rabin bezeichnete zwar in der »Al Hamishmar« vom 27. Januar 1995 die Siedlungen als nicht bedeutsam für die Sicherheit Israels, ja sogar als Last, doch seine Regierung investierte 46 Millionen

US-Dollar für 160 000 Siedler in 144 Siedlungen, wesentlich mehr als die Vorgängerregierung unter Shamir. Diese Investition hat sich ausgezahlt: Bis 1996 nahm die Zahl der Siedler in der Westbank um 48 und im Gaza-Streifen um 62 Prozent zu. Der von der Rabin-Peres-Regierung offiziell verkündete »Siedlungsstop« war eine Farce. In ihrer Amtszeit wurden 93 Häuser zerstört und 32 495 Olivenbäume entwurzelt. Insbesondere Peres war gegenüber den rechten und nationalistischen Siedlern zu weitgehenden Konzessionen bereit, um sich deren Unterstützung bei den Wahlen zu sichern.

Diese Fakten verdeutlichen die Diskrepanz zwischen öffentlicher Wahrnehmung und Realität während der Regierungsperiode von Rabin und Peres (1992–1996). Diese »Friedenspolitiker« legitimierten Landenteignungen, eine expansive Siedlungspolitik und den Bau der Umgehungsstraßen durch Verhandlungen und den Abschluß der genannten Abkommen, die den Palästinensern nicht zu einem souveränen Staat verhelfen werden.

Netanyahu hob den »Siedlungsstop« auf. Aus den in der »Ha'aretz« vom 9. Januar 1998 veröffentlichten Plänen des israelischen Bauministeriums geht hervor, daß bis zum Jahr 2000 in den Siedlungen 30 000 neue Wohneinheiten errichtet werden sollen, die Hälfte davon bis Ende 1998. Die Zahl der Siedler soll sich bis zum Jahr 2000 auf 500 000 erhöhen. Der Entschluß, in Ost-Jerusalem die Siedlung Har Homa zu bauen, ist eine Konsequenz der von Arafat und der internationalen Gemeinschaft sanktionierten israelischen Politik.

Nach jedem Terroranschlag ordnete die israelische Regierung eine Totalabriegelung der Gebiete an, d. h., kein Palästinenser darf die 465 Autonomieinseln ohne Genehmigung verlassen. Diese Kollektivstrafe im Verein mit bürokratischen Schikanen hat sich als ein besonders effektives Instrument zur Strangulierung der Palästinenser erwiesen. Die Palästinenser werden gezielt zermürbt, damit sie eher bereit sind, die israelischen Sicherheitsvorstellungen in diesem Friedensprozeß zu akzeptieren. Die Politik der teilweisen oder permanenten Abriegelung, die Rabin eingeführt hat, wird mit der Sicherheit der israelischen Bevölkerung begründet. Für die Tat eines einzelnen wird in der Regel entweder ein Dorf oder aber die ganze Bevölkerung der Gebiete bestraft. Als über Hebron nach dem Massaker von Goldstein in der Ibrahimi-Moschee für sechs Wochen eine totale Ausgangssperre verhängt wurde, waren davon mehr als 100 000 Einwohner betroffen. Angemessener und verhältnismäßiger wäre es aber gewesen, die 450 radikalen Siedler in Hebron oder

die 6 000 Bewohner der Siedlung Kiryat Arba mit einer Ausgangssperre zu belegen, da aus ihren Reihen der Massenmörder kam.

Während der Abriegelung können die Palästinenser nicht vom Gaza-Streifen in die Westbank gelangen, obwohl in den Abkommen eine spezieller Transitweg vorgesehen war. Vor Abschluß der Abkommen war dies zwar mit zahlreichen bürokratischen Auflagen verbunden, aber nicht ausgeschlossen. Auch der Flughafen Ben Gurion in Tel Aviv ist für die Palästinenser während der Abriegelung gesperrt. Sie können den Gaza-Streifen dann nur über Jordanien oder Ägypten verlassen.

Die Abriegelungen haben erhebliche Auswirkungen auf die medizinische Versorgung. Im Gaza-Streifen gibt es nur einen Basis-Gesundheitsdienst. Jede aufwendigere Behandlung muß entweder in den Krankenhäusern der Westbank oder in Israel erfolgen. Die Organisation Ärzte für Menschenrechte (PHR) beantragte bei israelischen Behörden zahlreiche Ausnahmegenehmigungen für Patienten, denen zum Teil stattgegeben wurde. Nach Meinung von PHR hat sich seit Oslo – insbesondere 1996/97 – die medizinische Versorgung in den Gebieten verschlechtert.[27] Die Vorsitzende der Organisation erklärte auf einer Konferenz in Beer Sheva im Juni 1997, Israel setze sein Monopol rücksichtslos als ein Mittel der Unterdrückung ein, um die Palästinenser von Israel weiter abhängig zu machen.[28] B'Tselem dokumentierte Vorfälle, die eindeutig den Sachverhalt bewußt unterlassener Hilfeleistung erfüllen. Am 11. März 1996 stoppten Soldaten beim Kontrollpunkt des Dorfes Husan ein Auto so lange, bis eine hochschwangere Frau darin Zwillinge zur Welt brachte. Schließlich fuhren die Insassen ohne Erlaubnis ins Krankenhaus von Bethlehem, dort konnte nur noch der Tod der Zwillinge festgestellt werden. Als in der Nähe des Dorfes Rantis der Palästinenser Ali Mustafa Thabet bei einer Kontrolle das Bewußtsein verlor, rief der Soldat einen Krankenwagen. Am anderen Ende der Leitung fragte man, ob es sich um einen Juden oder einen Araber handele, der Soldat antwortete, es sei ein Araber. Der Krankenwagen kam erst nach 45 Minuten, obwohl es nur drei Kilometer bis zur nächsten Siedlung waren. Der Palästinenser war bereits tot.[29] Solche Vorkommnisse ereignen sich immer wieder.

Die wochenlangen Abriegelungen des Gaza-Steifens und der Entzug der Arbeitsgenehmigungen haben – wie bereits dargestellt – verheerende Auswirkungen auf die gesamte Wirtschaft und auf jede einzelne Familie. Die Arbeitslosenzahlen sind auf über 65 Prozent

angestiegen, und die Kaufkraft ist enorm gesunken. Da während einer Abriegelung keinerlei Warentransporte abgefertigt werden, verrottet ein Großteil der Ernte an den Grenzübergängen. Die Verluste durch Abriegelungen beliefen sich von 1992 bis 1996 auf rund sechs Milliarden US-Dollar.

Israel verletzt auch die Menschenrechte seiner arabischen Staatsbürger, also jener Palästinenser, die 1948 nicht geflohen sind. Sie leben hauptsächlich im Norden Israels, in Galiläa. Formal sind die zirka 850 000 israelischen Palästinenser – 18 Prozent der Gesamtbevölkerung – gleichberechtigt, sie werden aber durch zahlreiche Gesetze und Verwaltungsanordnungen diskriminiert und zu Bürger zweiter Klasse degradiert. Viele von ihnen stehen dem Staat loyal gegenüber, doch israelische Juden hegen gegenüber Arabern generell Mißtrauen. Mit Ausnahme der Drusen und der Circassians dürfen israelische Palästinenser keinen Militärdienst ableisten, der mit Vorteilen in der Gesellschaft verbunden ist. Sie können als Araber – wie ausländische Nichtjuden – keinen Grundbesitz erwerben, deshalb treffen sie Landenteignungen doppelt hart. Auch die Benachteiligungen im Bildungssystem sind nach wie vor erheblich. Der Lebensstandard der israelischen Palästinenser ist in den letzten Jahren dennoch gestiegen, doch finden sich in allen gesellschaftlichen Bereichen gravierende Unterschiede. Das Pro-Kopf-Einkommen der israelischen Palästinenser beträgt 400 US-Dollar, 30 Prozent leben unter der Armutsgrenze, aber nur 16 Prozent der Israelis, deren Pro-Kopf-Einkommen 1 000 US-Dollar beträgt. Knapp die Hälfte der Araber beendete das Gymnasium, aber 90 Prozent der Israelis. Die israelischen Palästinenser finden auch keine Arbeit in »sicherheitsrelevanten« Bereichen.

Die Beduinen, die zu den untersten Schichten der israelischen Gesellschaft gehören, sind gleichfalls Diskriminierungen ausgesetzt. Sie wurden 1952 zum ersten Mal aus ihrem angestammten Lebensraum in der Negev-Wüste vertrieben und sollten seßhaft werden. Die Armee brauche die Negev als Übungsgelände, und ein Nomadenleben sei nicht mehr zeitgemäß, so die offizielle Begründung. Sogar das Halten von Schafen wurde den Beduinen verboten, ihre Herden beschlagnahmte man.

Seit 1993 führte die katholische Menschenrechtsorganisation Society of St. Yves vor dem Obersten Gericht einen Kampf gegen die abermalige Vertreibung der Jahalin Beduinen, die der Expansion der Siedlung Ma'ale Adumim im Wege standen. Die Gesellschaft

unterlag, und die Jahalin wurden in die Nähe der zentralen Mülldeponie in Jerusalem umgesiedelt.[30] Die israelische Regierung hätte ihnen Wohnungen in der Siedlung Ma'ale Adumim anbieten können, doch in den Siedlungen wie den Kibbutzim dürfen keine Nichtjuden leben.

Die Auswirkungen der erheblichen Diskriminierungen im wirtschaftlichen und sozialen Bereich werden von der Öffentlichkeit kaum wahrgenommen. Die palästinensische Wirtschaft muß sich den politischen und ökonomischen Interessen Israels unterordnen. Für Israel bieten die Gebiete trotz der »Politik der Abriegelung« ein immenses Arbeitskräftereservoir. Die Palästinenser, die sich zum Teil auf einem »Sklavenmarkt« ihren israelischen Arbeitgebern andienen, müssen mit Fremdarbeitern aus Rumänien, Thailand, den Philippinen, der Türkei, China, Kolumbien, Ecuador, Chile, Bolivien, Bulgarien, der Ukraine, Moldawien, Indien, Ghana und Nigeria konkurrieren. Von diesen Fremdarbeitern haben rund 120 000 eine Genehmigung, aber eine gleich große Zahl befindet sich illegal im Land.

Ein Fremdarbeiter kostet den israelischen Arbeitgeber nur zirka 2 100 Shekel pro Monat, ein palästinensischer Arbeiter dagegen 3 110 Shekel. Bei gleichem Bruttolohn von 2 085 Shekel erhält der Fremdarbeiter netto 1 363 der Palästinenser 1812 Shekel ausgezahlt. Da die Fremdarbeiter ohne ihre Familien quasi am Arbeitsplatz leben, sind sie immer verfügbar. Der Arbeitgeber, auf den ihr Visum ausgestellt ist, zahlt ihre Anreisekosten voraus und zieht ihren Paß ein, um sie an sich zu binden. Nach zwei Jahren und drei Monaten müssen die Fremdarbeiter Israel wieder verlassen. Die illegalen Fremdarbeiter kommen mit einem Touristenvisum ins Land. Für sie gelten die Gesetzte des freien Marktes: Angebot und Nachfrage. Beide Gruppen haben keinerlei soziale Rechte. Bei einem Arbeitsunfall werden sie zwar medizinisch versorgt, müssen dann aber Israel verlassen. Den meisten ausländischen Regierungen ist es gleichgültig, wie ihre Bürger in Israel behandelt werden, wie Hannah Zohar von der Arbeiterorganisation Kav LaOved gegenüber dem Verfasser im Juni 1997 betonte. Seit der Autonomie ist Gaza eine geschlossene »Militärzone« und israelische Arbeitervertretungsorganisationen dürfen die Interessen der Arbeiter in Gaza nicht mehr vertreten.

Von den 3 000 palästinensischen Gefangenen in israelischen Gefängnissen spricht heute niemand mehr. Israel hatte nur ein Fünftel

von ihnen nach der Unterzeichnung der Oslo-Abkommen entlassen, obwohl in Artikel 16 des »Interimsabkommens« die Freilassung aller zugesagt worden war, dafür aber wieder andere verhaftet, eingesperrt und vor Militärgerichten verurteilen lassen. Nelson Mandela, hatte darauf bestanden, daß alle Gefangenen, die gegen das Apartheid-Regime in Südafrika gekämpft hatten, freigelassen werden, bevor er das Abkommen unterzeichnete. Arafat nahm hingegen einen Bantustan mit zahlreichen Privilegien für sich und seine Gefolgschaft in Kauf. Viele, die für die Freiheit Palästinas und seine Rückkehr gekämpft haben, sitzen immer noch in Haft. Er fordert zwar ihre Freilassung, doch Israel hält sich nicht an die in den Verträgen gemachten Zusagen. Nur die 20 weiblichen Gefangenen wurden freigelassen.

Abschließend soll noch an die libanesischen Häftlinge in Israel und im Internierungslager in Khiam in der von Israel kontrollierten Sicherheitszone erinnert werden. Über sie verbreitet die Regierung oft wiedersprüchliche bzw. falsche Informationen, wenn sie nicht gar völlig verschwiegen werden. Diese Häftlinge dienen quasi als Geiseln, denn sie sollen gegen israelische Soldaten ausgetauscht werden, die im Libanon gefangengenommen worden sind.

Zu den bekanntesten Häftlingen gehören Scheich Abd al-Karim Obeid und Mustafa al-Dirani. Sie haben keinen Kontakt zur Außenwelt. Ihr Aufenthaltsort wird geheimgehalten. Gegenüber amnesty erklärte am 9. Februar 1996 der stellvertretende israelische Verteidigungsminister Uri Or: »Wir werden sie freilassen, wenn wir mehr Informationen über Ron Arad erhalten haben.« (Ron Arad wurde über dem Libanon abgeschossen und gilt seither als vermißt.) Rabin und Peres bestätigten diesen Zusammenhang.

Derzeit sind neben 21 Libanesen etwa 120 Häftlinge aus anderen arabischen Ländern und dem Iran in israelischen Gefängnissen inhaftiert. Für diese »vergessenen Häftlinge« treffen die üblichen Besuchsregelungen nicht zu, ihre Rechtsanwälte haben ebenfalls nur sehr begrenzte Befugnisse und müssen sich strengen Sicherheitsüberprüfungen unterziehen. Die Gerichtsverhandlungen finden unter Ausschluß der Öffentlichkeit statt. Elf haben die verhängte Strafe bereits abgesessen, werden aber trotzdem nicht freigelassen.

Shimon Peres hatte 1985 verfügt, daß Journalisten keinen Zutritt zur sogenannten Sicherheitszone im Süden Libanons haben. Im Kampf der israelischen und der Südlibanesischen Armee (SLA) gegen die Hisbollah gehören Abriegelungen, Ausgangs- und Straßen-

sperren, Zerstörung und Versiegelung von Häusern zum Alltag. Hier herrscht absolute Rechtlosigkeit, und die Einwohner sind weit mehr Repressionen ausgesetzt als in den besetzten Gebieten. Human Rights Watch und amnesty international berichten übereinstimmend von massiven Menschenrechtsverletzungen, auch von intensiven Folterungen. Ein israelischer Anwalt erklärte: »Gerade wie im Wilden Westen macht der Scheriff, was ihm gefällt.«

Monique Weil, Vorsitzende des französischen Menschenrechtskomitees, nannte Khiam eine »Art Nazi-Konzentrationslager«. Die rund 150 Internierten leben unter extremen Bedingungen. Einige werden ohne Anklage seit mehr als zwölf Jahren gefangengehalten. Auch zu diesem Lager haben nur einzelne Anwälte Zutritt. Den Gefangenen steht zwar formal der Weg zum Obersten Gericht in Israel offen, doch bisher wurden sämtliche Anträge auf Freilassung abgelehnt. Verwaltet wird Khiam von der SLA, »aber es ist für alle offensichtlich, daß die SLA nur Subunternehmer, ein ungelernter Arbeiter ist, der nicht einen Schritt ohne seinen großen Meister, den Staat Israel, tut«, schreibt Aviv Lavie in einer erschütternden Reportage, die am 17. Januar 1997 in »Kol Ha'ir« erschien. »In Khiam gibt es keine Richter, Strafverfahren, Anwälte, Beweise oder Gegenbeweise. Es gibt weder Recht noch Gesetz. Ein israelischer Militärjeep oder ein Mercedes der SLA hält vor einem Haus und befiehlt irgend jemandem, auf ein Gespräch mitzukommen. Er kehrt vielleicht nach Jahren, fünf oder zehn Jahren oder vielleicht gar nicht mehr zurück«, so Aviv Lavie weiter. Nach Aussagen eines hohen israelischen Offiziers sind »im Vergleich zu Khiam die Gefängnisse in den besetzten Gebieten Fünf-Sterne-Hotels«. Amin Issa, ein ehemaliger Häftling, sagte aus: »Das Leben ist die Hölle. Jeden Tag lebten wir am Rande des Todes.« Vom Standpunkt des Völkerrechts ist Israel als Besatzungsmacht für die Zustände und die Mißhandlung der Gefangenen verantwortlich.[31]

Die einzigen verläßlichen Aussagen stammen von ehemaligen Häftlingen. Über die Insassen und deren Behandlung berichtete der israelische Soldat A.: »Bei den Verhören nehmen sie zwei Telefondrähte, befestigen sie am Körper und erhöhen den Stromfluß. Ab und zu kommen Geheimdienstmitarbeiter. Tatsächlich waren dies aber Todesschwadronen, die unsere Leute ausgebildet hatten. Diese Leute hatten freien Zugang zu Khiam und konnten ihre Angelegenheiten regeln. Wenn jemand eine Streitigkeit mit einem Gefangenen aus seinem Dorf hätte, käme er und würde ihn eliminieren. Wir

wußten nicht, wer die Männer in dem Gefängnis waren. Einige waren Terroristen, andere Kollaborateure, und einige saßen ohne Grund ein, da jeder, der ohne wichtigen Anlaß auf der Straße ging, als potentieller Terrorist galt.«

1997 ist es dem Roten Kreuz erstmals gelungen, in dieses Straflager vorzudringen. Es darf darüber in der Öffentlichkeit nicht berichten. Bis 1988 konnten Familienangehörige die Gefangenen für fünf Minuten im Monat sprechen. Erst seit 1995 ist das Besuchsverbot bei einigen ausgewählten Gefangener wieder aufgehoben. Einer von ihnen sah seine neunjährige Tochter zum ersten Mal. Häftlinge, die sowohl in Khiam als auch in Gefängnissen in Israel einsaßen, sagten aus, daß sie zum Teil von den gleichen Sicherheitskräften verhört wurden. Oft stellen Israelis die Fragen, und die Mißhandlungen werden von SLA-Angehörigen begangen.

Wäre nicht im Falle Khiam die Europäische Union gefordert? Die US-Regierung und die -Medien schweigen zu den Folterungen. Dafür darf in der Nähe des Gefängnisses Pat Robertson als christlicher Fundamentalist mit seiner Fernseh- und Radiostation seine Heilsbotschaften und proamerikanische Propaganda in die Länder des Nahen und Mittleren Ostens verbreiten.

Formal ist Israel eine Demokratie geblieben, Meinungsfreiheit, Recht und Gesetz sind gesichert. Die Kluft zwischen der Fülle an Informationen und öffentlichen Reaktionen ist groß. Kein Israeli kann behaupten, er habe von den Menschenrechtsverletzungen nichts gewußt.

3. Palästinensische Menschenrechtsverletzungen gegenüber Palästinensern

Arafat wurde von den Israelis und den USA sowie von extremistischen Gruppen wie Hamas und Islamischer Jihad in Gaza in die Rolle des despotischen Friedensengels gedrängt. Die Sicherheitsgarantien können jedoch nicht rechtfertigen, daß die Autonomiebehörde von Beginn an gegen jegliche Opposition eine repressive Politik betrieben hat und elementare Rechte der Palästinenser verletzt – das Recht auf Leben, Versammlungs- und Redefreiheit, friedliche Opposition und persönliche Sicherheit.

Seit seiner Ankunft in Gaza läßt Arafat Kritiker des Friedensprozesses einschüchtern, bedrohen, willkürlich gefangennehmen und

mißhandeln.[32] Die Arbeit von Journalisten, Menschenrechtsorganisationen und Anwälten wird ebenfalls behindert. Es ist ihm gelungen, einen Teil der säkularen Kritiker zu korrumpieren. Gegen die Hamas und den Islamischen Jihad, die seine Autorität untergraben und mit Terroranschlägen auch Gegenreaktionen der Israelis provozieren, geht Arafat mit harter Hand vor. Insbesondere nach den Terroranschlägen vom Februar, März 1996 und September 1997 ordnete er Massenverhaftungen von Mitgliedern oder Sympathisanten dieser Organisationen an. Den Festgenommenen wurde monatelang der Kontakt mit Anwälten erschwert oder verweigert. Zahlreiche soziale und karitative Organisationen, die Hamas leitet, sind inzwischen verboten worden, obwohl sie eine wichtige Funktion im Gaza-Streifen erfüllen.

Der PLO-Chef baute sofort einen umfassenden Sicherheitsapparat auf. Neben der regulären Polizei sind acht Sicherheitsdienste tätig: Der General Intelligence Service (GI), der Preventive Security Service (PSS), die Presidential Security, die Force 17, das Criminal Investigations Bureau, die Military Intelligence (MI), die Naval Police und die Disciplinary Police. Alle haben eigene Gefängnisse und arbeiten ohne gesetzliche Regeln. Am 7. Februar berief Arafat auf Druck der USA und Israels zudem ein »Staatssicherheitsgericht«. Es dient der »legalen« Terrorismusbekämpfung. Die palästinensischen Geheimdienste haben von ihrem Vorbild, dem Shin Bet, gelernt und arbeiten mit ihm sowie dem amerikanischen Geheimdienst eng zusammen.

Folter und willkürliche Verhaftungen zählen zu den gängigen Methoden,[33] doch es kommt auch zu Morden, die nicht aufgeklärt werden können. Bereits am 4. Juli 1994 – also sofort nach Arafats Ankunft – war das erste Folteropfer zu beklagen. Dessen Vater erklärte gegenüber der Presse: »Ich machte mir keine Sorgen, weil ich wußte, daß er in den Händen der eigenen Leute und nicht in denen der Israelis war. Ich habe niemals geglaubt, daß sie schlimmer als die Juden sein würden.«

Bei so vielen mteinander konkurrierenden Geheim- und Sicherheitsdiensten ist es für Angehörige schwer, zu ermitteln, wer ihre Verwandten verschleppt oder gefoltert hat. Selbst der Distriktgouverneur, dem die Dienste unterstehen, ist nicht immer über deren Aktionen informiert und kann sich bei Übergriffen auf Personen nicht einschalten. Arafats Dienste beeinträchtigen auch die Arbeit der Menschenrechtsorganisationen. Der Leiter des Gaza Center for

Rights and Law, Raji Sourani, und Jan Abu Shakrah vom Palestine Human Rights Information Center mußten wegen Kritik an Arafats Vorgehen und am »Staatssicherheitsgericht« zurücktreten. Der Aufsichtsrat des Gaza Center for Rights and Law begründete übrigens die Absetzung von Sourani mit dessen »Führungsstil«. Beide Organisationen, die viel zur Aufdeckung israelischer Menschenrechtsverletzungen beitrugen, verloren unter ihrer neuen Leitung an Glaubwürdigkeit. Raji Sourani hat mit dem Palestine Centre for Human Rights eine neue Organisation aufgebaut; Abu Shakrah ist in die USA zurückgekehrt, weil es für sie unter diesen Umständen in Palästina keine Zukunft gibt, wie sie in einem Gespräch mit dem Verfasser erklärte.

Der Menschenrechtler Bassem Eid gehört zu jenen, die Mißstände in den palästinensischen Behörden offen kritisieren. Im Bericht seiner Organisation[34] heißt es: »Die Palästinensische Nationale Behörde hat sich entschlossen, das Recht zu untergraben … Sie ignoriert Gerichtsentscheidungen, einschließlich diejenigen des Obersten Gerichts.« Rolle und Funktion der Militärgerichte seien nicht eindeutig festgelegt, sie akzeptierten unter Folter erzwungene Aussagen. Haidar Abd al-Shafi bestätigte in »The Jerusalem Times« vom 30. Januar 1998 diese Kritik. »Ich kann die negativen Aspekte des Rechtssystems gar nicht nachdrücklich genug betonen. Der Generalstaatsanwalt ist jeglicher wirklichen Macht beraubt, und die Gerichtsurteile werden nicht respektiert.« Die palästinensische Behörde sei durch »nichts in Verlegenheit zu bringen«.

Der PSS und die anderen Sicherheitsdienste halten sich weder an Recht noch Gesetz. Zu ihren Aktivitäten gehören Straftaten, Entführungen, Folter und willkürliche Festnahmen von Palästinensern in der Westbank und dem Gaza-Streifen. Die Verhafteten werden entweder in Polizeistationen vor Ort verhört oder gewaltsam nach Jericho gebracht. Ihnen werden »moralische Verstöße« wie Prostitution oder außerehelicher Sexualverkehr zur Last gelegt, Drogenkonsum, Diebstahl oder Kollaboration mit israelischen Behörden. Nur in wenigen Fällen wird ein Haftbefehl erlassen, formal Anklage erhoben oder ein Verteidiger zugelassen. »Folter ist zur Routine und zur täglichen Realität in den Autonomiegebieten geworden.«[35] Die Methoden gleichen denen des Shin Bet bis ins Detail. Nach Angaben des Mandela Instituts für Politische Gefangene in Ramallah wird jedoch noch nicht so systematisch gefoltert wie beim Shin Bet, d. h., nicht alle palästinensischen Gefangenen werden mißhandelt.

Bisher kamen 18 Palästinenser dadurch zu Tode. Die palästinensischen Behörden führen wie die israelischen einige Todesfälle auf Selbstmord, Herzversagen oder gar auf ein »Versehen« zurück. Diese Erklärungen trafen zwar mitunter zu, doch konnte nicht widerlegt werden, daß bei Verhören massive Gewalt eingesetzt wird. Weder die Berichte über die Untersuchung von 16 Todesfällen noch über die Arbeit der Behörden wurden bisher zugänglich gemacht. Es geht der Autonomiebehörde nicht in erster Linie darum, Unrecht aufzudecken und künftig auszuschließen, sie will vor allem negative Schlagzeilen verhindern. Familien erfahren meist durch Nachbarn oder die Presse vom Tod oder der Festnahme ihrer Angehörigen.

Einige Todesfälle sollen erwähnt werden. Der 26jährige Mahmoud Jumayyel wurde unter falschem Namen ins Krankenhaus in Nablus eingeliefert, weil ihn Mitglieder der »Dahariyye« (Marinepolizisten) im Gefängnis der Stadt schwer verletzt hatten. Von dort wurde er nach Ramallah verlegt, wo er am 31. Juli 1996 verstarb. Daraufhin kam es zu gewaltsamen Demonstrationen gegen die Machenschaften von Arafats Sicherheitsdiensten. Das Staatssicherheitsgericht in Jericho verurteilte zwei beteiligte Offiziere zu 15 und den dritten zu zehn Jahren Haft mit Zwangsarbeit.

Unter ungeklärten Umständen starb am 7. August 1996 der 24jährige Nahed Mojahed Dahlan im Nasr-Krankenhaus in Khan Younis, wohin man ihn aus dem Gefängnis Al-Qarara gebracht hatte. Nach offiziellen Angaben der Autonomiebehörde hat er Selbstmord begangen. Mahmoud Yousuf Dahman, Direktor der Menschenrechtsorganisation Addameer (Gewissen), der eine Untersuchung des Todes gefordert hatte, wurde am 12. August verhaftet und der Verbreitung falscher Informationen beschuldigt, nach internationalen Protesten aber am 27. August freigelassen.

Am 11. August 1966 starb im Polizeigewahrsam von Ramallah der 66jährige Khalid Issa al-Habal. Angeblich hat auch er Selbstmord begangen. Das Ergebnis der in Tel Aviv durchgeführten Autopsie wurde nicht mitgeteilt.

Mehr als 1 000 Gefangene sitzen seit Jahren in palästinensischer Haft, ohne daß gegen sie Anklage erhoben wurde. Am 22. August 1996 besuchte Rechtsanwalt Hosni Kalboni von der Palästinensischen Gesellschaft für den Schutz der Menschenrechte und der Umwelt (LAW) Gefangene im Jneid-Gefängnis in Nablus. Beim Verlassen der Haftanstalt beschlagnahmte die Marinepolizei seine Materialien mit der Begründung, er habe nur als Menschenrechtler

und nicht als Anwalt eine Besuchserlaubnis erhalten; Gefangene dürften keinen Rechtsbeistand haben.

Nach Angaben der »Jerusalem Times« vom 2. Februar 1996 wurden im Gebiet von Bethlehem 15 Palästinenser vom eigenen Sicherheitsdienst schwer mißhandelt. Mehrere Abgeordnete des »Palästinenser-Rates« verlangten, solche Folterungen einzustellen. Nasser Radwan war der letzte Palästinenser, der erwiesenermaßen auf diese Weise zu Tode kam. Er wurde am 23. Juni 1997 von der Force 17 verhaftet, geschlagen und mit schweren Schädelverletzungen ins Krankenhaus eingeliefert; dort verstarb er am 30. Juni. Der Offizier gab an, er wollte Radwan eine Lektion erteilen, weil dieser der Frau eines Sicherheitsbeamten geraten hatte, sich in der Öffentlichkeit moderater zu kleiden. Die Verurteilung der Sicherheitsoffiziere erfolgte am 3. Juli vor einem Militärgericht, das Artikel 384 und 165 des »Gesetzes der Palästinensischen Revolution« anwandte.

Am 3. Februar 1998 verstarb im Dura-Gefängnis in der Nähe von Hebron der 25jährige Nasser Hiroub. Am Abend des 2. Februar hatte ihn die »Criminal Investigation Unit« der Polizei verhaftet. Nach Angaben des Polizeichefs von Hebron wurde er am nächsten Morgen mit einem Schuhriemen um seinen Hals tot aufgefunden. Die palästinensischen Menschenrechtsorganisationen LAW und PHRMG bezweifeln diese Selbstmordthese. Der Arzt, der den Tod feststellte, bemerkte, daß Blut aus Mund und Ohren floß: »Dies weist auf innere Verletzungen hin, die durch Schläge, vermutlich auf den Kopf verursacht worden sind.«

Immer wieder wird im Zusammenhang mit Folterungen von Palästinensern auch der Sicherheitschef von Jericho erwähnt. Jibril Rajoub, der Chef des Preventive Security Service (PSS), saß 17 Jahre in israelischen Gefängnissen, bevor er 1988 in den Libanon deportiert worden ist. Auf einer Pressekonferenz im Oktober 1995 griff er die »politisch motivierten« Menschenrechtsaktivisten an, insbesondere Bassem Eid, einen langjährigen Mitarbeiter von B'Tselem. Rajoub beschuldigte Eid für die israelische Polizei als »Agent« zu arbeiten. Dies kommt einem Todesurteil gleich. Bassem Eid und Mitarbeiter anderer Menschenrechtsorganisationen beschwerten sich bei Yassir Arafat. Er ließ durch seinen Sprecher erklären, Eids Leben sei nicht in Gefahr, nahm aber die Anschuldigungen nicht zurück. Am 2. Januar 1996 wurde Eid aus seiner Wohnung im Flüchtlingslager Shuafat in Ost-Jerusalem zur Polizeistation in Ramallah gebracht und dort 24 Stunden im Hauptquartier der »Force 17« fest-

gehalten. Hintergrund dieser Attacke war, daß Eid in einem offenen Brief an Arafat das Verbot der Zeitung »An-Nahar« als »einen schweren Angriff auf die Menschenrechte« verurteilt hatte, dies »läßt für die Demokratie in einem zukünftigen palästinensischen Staat Schlimmes befürchten«.

Die Versuche der palästinensischen Behörden, ihre Opponenten einzuschüchtern, waren erfolgreich. Die israelische Menschenrechtsorganisation B'Tselem ist eine rühmliche Ausnahme. Sie hat in ihrem Bericht vom August 1995 die vom PSS angewandten Foltermethoden aufgelistet: heftiges Schlagen, Schlafentzug, Drohungen, Erniedrigungen und stundenlanges Fesseln. Einigen Gefangenen oder Personen, die man dazu machen wollte, wurde ohne Grund in die Beine geschossen. PSS-Chef Rajoub bestritt die Angaben, hat sie aber nicht widerlegt. Seine Drohung gegenüber einem Journalisten, dessen Folterungen er überwacht hatte, wird ebenfalls zitiert: »Ich kann den Präsidenten persönlich anrufen und ihm sagen, daß ich Dich töten will, und der Präsident gibt mir seinen Segen.«[36] Der Bericht spricht Rajoubs Erklärung in »Al-Quds« vom 10. Juli 1994 hohn: »Als einzigen Faktor müssen wir Recht und Gerechtigkeit befolgen, einschließlich der Prinzipien und der Achtung der Menschenrechte ...«

Offiziell darf die PSS nur im Gaza-Streifen tätig werden, aber de facto wirkt sie durch Arafats Fatah in jedem Ort oder Flüchtlingslager in der Westbank. Nach Artikel 43 der HLKO ist Israel weiter für die Sicherheit und das Wohlergehen der Bevölkerung unter seiner Besetzung verantwortlich. Da es diese Aktivitäten toleriert, trägt es Mitverantwortung für die massiven Verstöße gegen die Menschenrechte der Palästinenser.

Die enge Kooperation zwischen den israelischen und den palästinensischen Sicherheitsdiensten hat bereits zu einer geheimen Vereinbarung zwischen GSS und PSS geführt. Die PSS-Chefs in der Westbank, Rajoub, und in Gaza, Mohammad Dahlan, trafen sich zudem im Januar 1994 mit dem ehemaligen israelischen GSS-Chef Ya'acov Peri und dem damaligen stellvertretenden Generalstabschef Lipkin-Shahak in Rom. Der kürzlich verstorbene Knesset-Abgeordnete und Umweltminister Zevulun Hammer kritiserte am 24. Juli 1995, daß das Abkommen mit Jibril Rajoub niemals in der Knesset besprochen oder zur Bestätigung vorgelegt wurde, die Regierung sei verpflichtet dieses Dokument sowie das Abkommen von Rom der Knesset vorzulegen. Inzwischen arbeiten beide Geheimdienste

geräuschlos und effektiv auf der Basis dieser »Rom-Vereinbarungen« zusammen. 15 »gesuchte« Palästinenser konnten aufgrund von PSS-Informationen vom israelischen Geheimdienst verhaftet werden.

Insbesondere das Staatsicherheitsgericht ist ein Skandal. Es arbeitet außerhalb des regulären Justizsystems. Ihm sitzen drei inkompetente Militärrichter vor, deren Entscheidungen Arafat bestätigen muß. Im Gründungserlaß wird darauf hingewiesen, daß dieses »Gerichts« auf ägyptischen Verfahrensregeln von 1962 basiere. Dieses »Gericht« soll sich mit Verbrechen befassen, »die die Sicherheit im Land und außerhalb« betreffen, sowie »anderen Verbrechen, die die Sicherheit und das Wohlergehen der Sicherheitsbehörden unterminieren«, dies gilt auch für Straftaten, die Mitglieder der palästinensischen Sicherheitskräfte begangen haben. Jeder, der »absichtlich eine Tat begeht, die der Unabhängigkeit des Staates schadet, wird zum Tode verurteilt«.

Das Gericht verletzt selbst die minimalsten Standards für einen fairen Prozeß. Die Gefangenen und ihre Angehörigen werden erst kurz vor der Eröffnung des Prozesses über die Anklage informiert, es sind keine Pressevertreter zugelassen und nur vom Gericht gestellte Anwälte, die zum Teil den Sicherheitskräften angehören. Über die Verhandlungen gibt es keine Protokolle. Das Gericht tagt fast ausschließlich nachts, da es sich tagsüber in den Fall einarbeiten müsse, wie der frühere palästinensische Generalstaatsanwalt Khaled al-Qidrah erklärte. Die Prozesse enden in der Nacht, in der sie beginnen, manche dauern nur Minuten. Für Außenstehende ist es unmöglich, mit den »Richtern« oder den Verurteilten zu sprechen. Das Gericht verhängt drakonische Strafen, gegen die kein Einspruch erhoben werden darf. Die Verurteilten können nur an die Gnade Arafats appellieren. Er hat die Macht, die Strafen zu erhöhen oder zu reduzieren.[37] Verhängte Todesstrafen wurden bisher nicht vollstreckt.

Die Geheimhaltung schützt das »Gericht« vor der Kritik der Öffentlichkeit, der Presse oder den Menschenrechtsorganisationen. Es ist von einigen Seiten gelobt worden, die eher an der Aufrechterhaltung einer Diktatur als an rechtsstaatlichen Standards interessiert scheinen. Bevor das Gericht zum ersten Mal getagt hatte, würdigte US-Vizepräsident Al Gore es laut »Los Angeles Times« vom 26. März 1995 als »einen wichtigen Schritt in Richtung vertrauensbildende Maßnahmen in diesem Friedensprozeß und dem Bemühen der Behörde, die Gewalt zu kontrollieren und den Terrorismus zu stoppen

sowie die Feinde des Friedensprozesses zu besiegen«. In einer Rede, die Gore am 5. April vor dem Institute For Near East Policy in Washington hielt, sprach er von Kontroversen über dieses Staatssicherheitsgericht. »Ich persönlich glaube, daß die Anschuldigungen falsch sind und die Palästinenser das Richtige tun und daß sie vorwärts gehen mit der gerichtlichen Verfolgung.« Auch der frühere israelische Umweltminister Yossi Sarid zeigte sich zufrieden nach den ersten Verurteilungen, wie in der »Jerusalem Post« vom 12. April 1995 zu lesen war: »Wir hatten besondere Forderungen, eine davon war, die Terroristen vor Gericht zu bringen, was gestern geschehen ist, und so sollte es auch sein. Wenn uns klar wird, daß dies keine einmaligen Aktionen sind, sondern ein Teil einer bestimmten und dauerhaften Politik, dann glaube ich, daß die Chancen für eine Beendigung der Verhandlungen zum 1. Juli und deren Umsetzung im Herbst steigen werden.« Weder die stellvertretende Sprecherin des State Departments, Christine Shelly, noch der Außenamtssprecher Nicholas Burns sahen sich im April 1995 veranlaßt, die Arbeit dieses Gerichts zu bemängeln. Auf eine Frage hin meinte Burns lediglich, er hoffe, daß gewisse Menschenrechtsstandards und rechtsstaatliche Prinzipien durch dieses Gericht geachtet werden. Die palästinensischen Menschenrechtsorganisationen und die palästinensische Anwaltskammer hatten dagegen sogleich Bedenken.

Diesem »Staatsicherheitsgericht« sind spezielle Militärgerichte untergeordnet. Sie arbeiten auf Arafats Befehl. Er stellt kurz vor jedem Prozeß die Richter neu zusammen. Die Obersten Gerichte in Gaza und in Ramallah sind dem Obersten Gericht Israels nachgebildet. Arafat und seine Geheimdienste ignorieren deren Entscheidungen, wenn sie ihnen nicht opportun erscheinen. So hatte das Oberste Gericht am 18. August 1997 die Freilassung von zehn Studenten der Bir-Zeit-Universität angeordnet, die ohne Anklage seit März im Gefängnis in Ramallah einsaßen. Tatsächlich kamen sie erst Monate später frei.

Wie die Gerichte in den Autonomiegebieten funktionieren, ist kaum bekannt. Folgender Bericht gibt über die Arbeit der Militärgerichte Auskunft. Arafat hatte Jibril Rajoub, dem Geheimdienstchef in Jericho, befohlen, drei Palästinenser im August 1997 wegen der Ermordung eines israelischen Taxifahrers innerhalb einiger Stunden zu verurteilen, doch das Verfahren dauerte nur 15 Minuten. Zwei Stunden vor Prozeßbeginn wurde das Gericht auf Anweisung Arafats zusammengestellt: Es bestand aus drei Polizisten, zwei hatten gerade ihre juristische Prüfung absolviert, der dritte besaß keine Rechtskenntnisse. Der Prozeß fand im Polizeiquartier statt. Da alle drei Angeklagten ein umfassendes Geständnis abgelegt hatten, verstand ein Polizist nicht, warum man noch mit einem Prozeß seine Zeit vertun sollte. Der Ankläger belehrte die Angeklagten, und kurze Zeit später wurde das Urteil verkündet: zwei erhielten lebenslängliche und einer 15 Jahre Zwangsarbeit.

Generalstaatsanwalt Fa'ez Abu-Rahmeh war bestürzt: »Als ein palästinensischer Jurist bin ich beschämt über das, was an diesem Wochenende in Jericho passiert ist. Ich kann nicht verstehen, daß solch ein Verfahren stattfinden kann, ohne mich vorher davon in Kenntnis zu setzen. Niemand machte es etwas aus, mich weder vor noch nach dem Prozeß zu informieren«, so in »Yerushalayim« vom 22. August 1997. Bevor Abu-Rahmeh seinen neuen Posten übernahm, war er Vorsitzender der Palästinensischen Anwaltskammer. Wie machtlos der Generalstaatsanwalt ist, zeigte sich auch, als er die Entlassung von Rajab Hasan Al-Baba verfügt hatte, der Mann aber am gleichen Tage wieder vom Geheimdienst verhaftet wurde. Als er zu diesem Vorfall befragt wurde, entgegnete Abu-Rahmeh, »daß einige Zuständigkeiten anderen Abteilungen vorbehalten sind«. Dies sei eine rechtlich unhaltbare Situation. Jede Reform des Rechtswesens müsse bei den Geheimdiensten ansetzen.

Zwei Wochen nach dem erwähnten Prozeß trat das Militärgericht in Nablus in völlig anderer Besetzung zusammen, um fünf Palästinenser aus Tulkarem wegen Störung der öffentlichen Sicherheit zu langen Freiheitsstrafen zu verurteilen. Sie waren während einer Demonstration gegen die Autonomiebehörde verhaftet worden.

Arafat ist laut Oslo-Abkommen verpflichtet, Kriminelle an Israel auszuliefern. Da ihm dies als Versagen angelastet werden könnte, toleriert er »rechtsstaatlich« fragwürdige Verfahren. Nur wenige Palästinenser wagen so deutliche Kritik wie ein bekannter Rechtsanwalt aus Ramallah: »Wir machen unsere ganze Profession und das Rechtssystem lächerlich, indem wir vor diesem Gericht (Staatssicherheitsgericht L. W.) erscheinen.« Das sogenannte »Friedenslager« in Israel um »Frieden Jetzt« oder der Meretz-Partei hat die entwürdigenden Prozesse nie beanstandet.

In den Autonomiegebieten herrsche Chaos, Willkür, Unterdrückung und völlige Rechtsunsicherheit, erklärte der palästinensische Psychiater Eyad al-Sarraj am 6. Mai 1996 in einem Interview mit der

»New York Times«: »Die Menschen fühlen sich eingeschüchtert. Es gibt ein überwältigendes Angstgefühl. Das Regime ist korrupt, diktatorisch und unterdrückerisch. Ich sage das mit einem Gefühl der Traurigkeit, aber während der israelischen Besatzung war ich hundert Mal freier. Ich schieb in der israelischen und arabischen Presse. Heute werde ich von unserer Presse und unserem Fernsehen boykottiert. Es gibt viele willkürliche Verhaftungen, ohne Anklage, ohne Grund. Die Behörden unterhalten neun Sicherheitsdienste, jeder mit eigenen Gefängnissen. Menschen werden systematisch gefoltert.« Zur israelischen Besatzung sagte er: »Unter der Besatzung fühlten wir die brutale Gewalt, aber wir fühlten nicht die tägliche Erniedrigung, da wir heute von der eigenen Regierung unterdrückt werden. ... Dieser Prozeß hat Gaza und die Westbank in ein neues Gefängnis verwandelt. Präsident Arafat wird gedemütigt; sein Volk wird gedemütigt. Wir sind nicht stolz auf unsere Regierung.« Der Druck werde durch die katastrophale wirtschaftliche Lage noch verschärft. »Die Menschen sind auf ihre natürlichen Instinkte zurückgeworfen. Sie reagieren apathisch, wenn sie etwas über Demokratie und Menschenrechte hören. Was sie beschäftigt ist Brot. Die Stimmung in Gaza ist nicht positiv. Die Menschen fühlen sich entfremdet, deprimiert und hoffnungslos.«

Sarraj leitet die Palästinensische Unabhängige Kommission für Bürgerrechte (PICCR), die von Arafat durch einen Erlaß vom 30. September 1993 (veröffentlicht im Amtsblatt, Nr. 59/1995) eingesetzt wurde. Er hat sich schon seit vielen Jahren für einen »Frieden in Würde« mit Israel eingesetzt. »Die Art des Friedens, den wir haben, kommt einer totalen psychologischen Aufgabe gleich. Er ist viel schädlicher für den einzelnen, als einen Krieg zu führen«, resümierte er in dem Interview mit der »New York Times«.

Auch gegenüber dem Verfasser betonte al-Sarraj am 22. September 1996, das Oslo-Abkommen habe weder Menschenrechte noch Frieden gebracht, »die Lage ist schlimmer als vorher«. Arafat habe ihm seine Mission mit den Worten beschrieben: »Ich gebe nichts auf Menschenrechte. Ich habe für Sicherheit zu sorgen. Niemand wird mich aufhalten, diesen Staat zu gründen.« Seit zwei Jahren beantwortet der Generalstaatsanwalt die Briefe von al-Sarraj nicht. »Ohne Menschenrechte und Demokratie haben wir keine Zukunft.« Bevor die Palästinenser einen Ausweg aus ihrem eigenen Dilemma finden könnten, müßten sie mit »ihren eigenen Pathologien fertig werden«, so al-Sarraj.[38]

Al-Sarraj hat sowohl gegen die Verhaftungen von Anwälten und Menschenrechtlern als auch gegen Folter und andere gewaltsame Übergriffe der Autonomiebehörden interveniert. Im Jahresbericht 1995/96 empfiehlt PICCR der Arafat-Behörde Maßnahmen, die einen wesentlichen Beitrag zur Rechtssicherheit und zur Gewährleistung bürgerlicher Freiheitsrechte leisten könnten: eine Reduktion des Sicherheitsapparates, die Abschaffung der Todesstrafe, einen Präsidentenerlaß, der die Rechte der Bürger garantiert u. v. m.[39]

Am 18. Mai 1996 wurde al-Sarraj vom PSS-Sicherheitsdienst in Gaza verhaftet und erst nach intensiven internationalen Protesten am 26. Mai freigelassen. Die Untersuchungen gegen ihn gingen laut Generalstaatsanwalt Khaled al-Qidrah weiter. Sarraj mußte ein »bindendes Versprechen« unterzeichnen, keine Äußerungen gegenüber der lokalen oder internationalen Presse abzugeben, die den Gesetzen widersprechen. Die Sicherheitskräfte drohten an, ihn zu ermorden, falls er noch einmal öffentliche Kritik übe.

Am 10. Juni wurde er erneut festgenommen, da der Sicherheitsdienst Haschisch in seinem Büro gefunden hatte. Weil er einen Sicherheitsbeamten »angegriffen« habe, stellte man ihn drei Tage später vor das Staatssicherheitsgericht. Der Offizier hatte eine verbundene Faust, und Sarraj identifizierte ihn als jenen Mann, der ihn geschlagen hatte. Sein Aufenthaltsort blieb zunächst geheim, erdurfte weder die Familie noch seine Anwälte sehen. Im September 1996 schilderte er mir seine physische Verfassung, nachdem er von seinen eigenen Landsleuten mißhandelt worden war.

Die Repressionen gegen al-Sarraj hatten die erhoffte Wirkung. Kurz nach seiner Freilassung gaben die Behörden keine öffentliche Stellungnahme zu den Vorfällen ab, und auch al-Sarraj übte Zurückhaltung im Interview mit dem Verfasser, das in der »taz« vom 16. Juli 1997 erschien.

Die vielen unbekannten Palästinenser, die in Arafats Gefängnissen eingesperrt sind, weil sie an den Autonomieverträgen Kritik übten, sollten die internationale Öffentlichkeit ebenfalls zu Protesten gegen die Willkür der palästinensischen Behörden veranlassen.

Die Ermordung von palästinensischen Grundstücksmaklern Mitte 1997 entfachte eine kontroverse Diskussion in Israel und in den Autonomiegebieten. Wer Land an Juden abtritt oder verkauft, gilt in Palästina als Kollaborateur. Nach islamischem Recht ist der Verkauf von Land an »das Volk des Buches« (auch Juden – L. W.) nicht

grundsätzlich verboten, wenn er jedoch wie in Palästina die Interessen der Gemeinschaft beeinträchtigt, gilt er als ungesetzlich. Die Autonomiebehörde ordnete bei »Landverkauf an Feinde« die Todesstrafe an, nachdem einige israelische Palästinenser Grundstücke an israelische Juden verkauft hatten. Drei Grundstücksmakler wurden vermutlich von Arafats Geheimdienst ermordet. Ein vierter beging im Gefängnis von Jericho Selbstmord, weitere wurden verhaftet. Dutzende sitzen noch in den Gefängnissen, auch in der B- und C-Zone, wo Arafat keine Regierungsgewalt ausüben kann.

Die Ermordung der Makler Farid el-Bashiti und Harbi Abu Sara erregten in der internationalen Öffentlichkeit Aufsehen. Die Leichname wurden auf einer Straße in Ramallah gefunden. El-Bashitis Hände waren gefesselt, Gliedmaßen gebrochen und der Mund mit einem Klebeband verklebt. Abu Sara wurde durch vier Kopfschüsse getötet. Alle Indizien deuteten darauf hin, daß der palästinensische Geheimdienst hinter diesen Morden steht, da ja das »Todesurteil« vom eigenen Justizminister ausgesprochen worden war. Die israelische Polizei machte PSS-Chef Rajoub für die Morde verantwortlich, nannte allerdings seinen Namen nicht.

Der Landverkauf richtet sich nach den Gesetzen von Angebot und Nachfrage. Warum reagiert die palästinensische Führung in diesen Fällen so hart, haben nicht vorige Generationen Palästina verkauft? Vielleicht trifft die Behauptung der israelischen Regierung zu, daß drei Viertel von Har Homa jüdischer Grundbesitz ist.

Obwohl nach Artikel 2 des palästinensischen Pressegesetzes Pressefreiheit herrscht, werden immer wieder Zeitungen verboten oder Journalisten eingeschüchtert. Daß sie Arafats Geheimdiensten völlig ausgesetzt sind, die sie mit Folter oder Verhaftung bedrohen, ist bis zu einem gewissen Grade der totalen Abriegelung durch Israel geschuldet.

»Al-Umma« mußte im Mai 1995 – vier Monate nach ihrer Gründung – aufgeben, weil in den Redaktionsräumen Feuer gelegt wurde und der Herausgeber Drohanrufe erhielt, nachdem sie einige kritische Artikel und Karikaturen über Arafat veröffentlicht hatte. Die Pressorgane der Hamas und des Islamischen Jihad wurde nach den Bombenanschlägen im Februar und März 1996 geschlossen. Arafat spendierte der Hamas 31 000 US-Dollar, damit sie unverzüglich die neue Zeitung »Al-Risala«gründen konnte.

Eine Lokalzeitung in der Stadt Jenin mußte ihr Erscheinen einstellen, nachdem der Herausgeber vorübergehend verhaftet worden war. »An-Nahar« wurde von August bis September 1994 verboten; die größte Zeitung, »Al-Quds«, die eine Anzeige der Hamas-Bewegung und ein Statement von PLO-»Außenminister« Farouq Qaddumi veröffentlicht hatte, der Oslo einen »Ausverkauf« nannte, nur im August.[40]

In den ersten beiden Jahren der Autonomie wurden 25 Journalisten verhaftet. Am 24. Dezember 1995 erhielt Maher Alameh, ein Herausgeber von »Al-Quds«, telefonisch den Auftrag, auf der ersten Seite über das Treffen zwischen Arafat und dem griechisch-orthodoxen Patriarchen zu berichten. Seine Ablehnung brachte ihm fünf Tage Haft ein. Keine einzige palästinensische Zeitung berichtete darüber. Der Herausgeber von »Al-Bilad«, Asad al-Asad, mußte bei Geheimdienstchef Rajoub vorsprechen, weil er einen Artikel über Korruption veröffentlicht hatte. Wegen eines Beitrags über die Annahme von Bestechungsgeldern entzog man dem Korrespondenten der Zeitung im Gaza-Streifen die Identitätskarte und verhaftete ihn für zwei Tage. Zu Beginn des Jahres 1997 bestellte die Autonomiebehörde einige Journalisten zu »Konsultationen« ein, d. h, sie oktroyierte ihnen Verhaltensregeln auf.

Aufsehen erregte im Juli 1997 die Verhaftung des Palästinensers Daoud Kuttab, der einen amerikanischen Paß besitzt. Kuttab wurde spätabends zur Polizei zitiert – auf eine Tasse Kaffee. Er mußte nach vier Tagen in Polizeiarrest und drei Tagen im Gefängnis von Ramallah aufgrund von Protesten lokaler Menschenrechtsgruppen und der US-Regierung wieder freigelassen werden. Um keine Mitarbeiter zu gefährden, überträgt Al-Quds-TV Parlamentsdebatten nicht mehr direkt im Bildungskanal, denn die Abgeordneten übten Kritik an Arafat und seiner Behörde.

Der Autonomiebehörde ist es gelungen, die Journalisten und Herausgeber so stark einzuschüchtern, daß viele von ihnen Selbstzensur als patriotische Pflicht auffassen. Sie berichten vornehmlich über die politischen Aktivitäten der Fatah und blenden Hintergründe von Menschenrechtsverletzungen aus. PSS-Chef Rajoub legt täglich mit dem Chefredakteur von »Al-Quds« fest, welche Artikel auf der ersten Seite erscheinen sollen. Arafats Büro interveniert bei anderen Zeitung in gleicher Weise, natürlich weist es auch die Publikation von Erfolgsstories an. Die Preisgabe des kritischen Denkens verhindert, daß die Medien Mißstände aufdecken und der Gesellschaft Impulse vermitteln. Sie werden zum Propaganda-

instrument bzw. zum Sprachrohr der Autonomiebehörde. Ihr Status in Palästina ähnelt dem der halboffiziellen Presse in Ägypten. Das Palästinensische Menschenrechtszentrum in Gaza hat das Pressegesetz zutreffend charakterisiert: es »kontrolliert die Informationen, die die Palästinenser durch das geschriebene Wort erhalten«.

Wie in jeder Diktatur unterliegen auch im Ausland erschienene Publikationen der Zensur. So wurden zwei Bücher Edward Saids in den Autonomieinseln beschlagnahmt. Der renommierte und in den USA lehrende palästinensische Literaturwissenschaftler gehört seit Jahren zu den schärfsten Kritikern Arafats und des Friedensprozesses. Er sieht in Arafat den »Statthalter der israelischen Besatzung mit anderen Mitteln«.

In den Autonomiegebieten kommt es nicht nur nach palästinensischen Terroranschlägen in Israel immer wieder zu willkürlichen Verhaftungen. Oft will die Arafat-Behörde einfach demonstrieren, daß sie gegen »Extremisten« oder »Terroristen« generell vorgeht. Im Frühjahr 1996 wurden nach Terroranschlägen im gesamten Autonomiegebiet zirka 900 Palästinenser festgenommen, etwa 85 davon im Distrikt von Ramallah. Ihnen wurde gesagt, sie müßten 100 Tage im Gefängnis bleiben. Ein Geheimdienstoffizier teilte sie in drei Kategorien ein: »Gruppe A sind jene, die Israel im Gefängnis sehen will. Zur Gruppe B gehören die, die die Autonomiebehörde im Gefängnis haben will. Gruppe C besteht aus einer gewissen Quote, um Israel zufriedenzustellen.« Der Politoffizier für den Distrikt Ramallah, Saib Abu Walid, erklärte gegenüber dem »Gefangenen-Komitee«: »Wir sind ein Volk und müssen untereinander zusammenarbeiten. Die Autonomiebehörde hat nicht viel Geld, deshalb müssen Sie für Ihre Verpflegung selber aufkommen. Sie sind unsere Gäste hier, aber auf Ihre Kosten.« Ein Mann, der einigen Gefangenen Essen bringen wollte, wurde ebenfalls für vier Wochen inhaftiert. Der Wächter erklärte ihm, er sehe aus wie ein Mitglied von Hamas (er trug einen Bart). Die Zustände in diesem Gefängnis waren katastrophal, es kam zu einem Hungerstreik, über den die Zeitungen aber nicht berichteten.

Ahmad Saadat, ein PFLP-Funktionäre mußte jahrelang in israelischen Gefängnissen einsitzen. Als die PFLP im Sommer 1996 in der Nähe von Ramallah eine Siedlerin und ihren Jungen getötet hatte, wurde er wieder festgenommen, obwohl eindeutig feststand, daß er

mit der Tat nichts zu tun hatte. Nach sechs Monaten entschloß Saadat sich zum Hungerstreick, um seine Freilassung zu erzwingen. Die Gefängniswärter ließen ihn erst frei, als er schon vom Tod gezeichnet war. Kurz darauf kollabierte er, nach tagelanger Behandlung auf der Intensivstation konnte sein Leben jedoch gerettet werden. Sein Fall hatte eine Welle der Solidarität hervorgerufen.

Viele Palästinenser vermitteln den Eindruck, sie hätten unter israelischer Besetzung größere Freiheiten gehabt als unter Arafats Herrschaft. Die Menschenrechtsorganisationen konnten während der Besetzung frei arbeiten. Eyad al-Sarraj äußerte in einem Interview mit dem Verfasser in der »taz« vom 16. Juli 1997: »Auf dem Gebiet der Meinungs- und Pressefreiheit gab es ein größeres Spektrum an Möglichkeiten … Im Alltag gibt es eine gewisse Furcht, seine Meinung frei zu äußern. Man hat Angst, daß man bei den Sicherheitsdiensten denunziert wird. Das heißt nicht, daß das in jedem Fall geschieht. Aber das Gefühl ist da.«

Mit dem Aufbau eines internen Repressionsapparates ging die Herausbildung mafioser Strukturen im Gaza-Streifen einher. Minister und andere hohe Regierungsvertreter läßt die Kontrolle der wichtigsten Wirtschaftsbereiche zu Millionären werden, während der größte Teil der Bevölkerung weiter verarmt. Solange die Autonomiebehörde keine demokratischen Institutionen aufbaut und sich niemand für Gesetzesverstöße verantworten muß, schafft sie den Nährboden für Korruption und Menschenrechtsverletzungen. Damit die Spirale von Gewalt und Terror unterbrochen wird, müssen die Sicherheitskräfte endlich die Menschenrechte respektieren.

David Hirst schreibt in einem beeindruckenden Artikel über das »System Arafat« und die internationalen Förderer: »Selten konnte eine Revolution so degenerieren wie die Arafats und trotzdem überleben. Sie überlebt nur, weil sie ihre Bürger ausraubt und ihre Bürokraten besticht. Es hat sich als so wichtig erwiesen, Arafat in den Friedensprozeß einzubinden, daß die Partner, von denen er total abhängig ist, – die Israelis, die Amerikaner und die internationale Gemeinschaft –, bereit sind, seine offenkundige Korruption zu ignorieren, wenn nicht sogar zu ermutigen.« (»The Guardian weekly«, 27. April 1997) Kommt die Europäische Gemeinschaft nicht in Verlegenheit, wenn sie feststellen muß, daß Arafat und seine »Tunesier« durch Korruption und Monopolwirtschaft privat mehr zur Seite schaffen, als die EU an Fördergeldern bereitstellen kann? Wie lange

will man noch die horrenden Gehälter ausländischer »Berater« finanzieren, die im »Orient-House« in Ost-Jerusalem Trübsal blasen?

Wie selbstherrlich sich die neue Klasse verhält, zeigen die immensen Mietschulden einiger hoher Funktionäre. Einer der höchsten Repräsentanten der Autonomiebehörde blieb die Miete für eine Luxuswohnung in Ramallah über ein Jahr schuldig. Er riet dem Hausbesitzer, seinen Fall vor Gericht zu bringen oder sich an das palästinensische Finanzministerium zu wenden. Letzteres schrieb, es könne wegen der angespannten Finanzlage die Miete nicht begleichen. Die Hausbesitzer sind hilflos, da ihnen die Betrüger mit den palästinensischen Sicherheitsdiensten drohen und die Gerichte sich weigern, die Klagen der Vermieter anzunehmen.

Die Bilanz ist bedrückend: Die Israelis setzen ihre willkürliche Politik gegenüber den Palästinensern ungehindert fort und verletzen weiterhin deren Menschenrechte. In Arafats Herrschaftsbereich ist das Demokratiedefizit noch größer; der Legislative Rat ist zur Staffage verdammt; es gibt ein großes Ausmaß von Vetternwirtschaft und Korruption; die Autonomiebehörde toleriert die Exzesse der Sicherheitsdienste; das Justizsystem verhöhnt das Recht; die Medien werden wie in allen arabischen Staaten zensiert. Die palästinensische Behörde ist letztlich nur eine Fassade für Arafats Ein-Mann-Diktatur. Arafat ist Präsident, Regierungschef, oberster Richter, Staatsanwalt und Verteidiger. Er steht über dem Gesetz, hält alle Macht in seinen Händen und kontrolliert das gesamte Geld, inklusive großer Mengen der Hilfsgelder.

Jede organisierte abweichende Meinung sieht die Autonomiebehörde als Verrat an. Renommierte Kritiker wie Edward Said oder Eyad al-Sarraj werden verleumdet oder gefoltert. Arafat hat das Vertrauen der palästinensischen Diaspora verloren; auch in den Autonomieinseln schwindet seine Reputation. Für Demokratie und Menschenrechte besteht unter den obwaltenden Umständen wenig Hoffnung.